

Döhrn, Roland et al.

Article

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur weiter von Binnenwirtschaft getragen

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Döhrn, Roland et al. (2017) : Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur weiter von Binnenwirtschaft getragen, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, Vol. 68, Iss. 1, pp. 33-91

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156193>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Roland Döhrn, György Barabas, Boris Blagov, Angela Fuest, Heinz Gebhardt, Philipp Jäger, Martin Micheli und Svetlana Rujin

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur weiter von Binnenwirtschaft getragen¹

Kurzfassung

Die wirtschaftliche Expansion in Deutschland hat sich gegen Ende des Jahres 2016 wieder beschleunigt, nachdem das BIP im dritten Quartal nur verhalten ausgeweitet worden war. Positive Impulse kamen ausschließlich von der inländischen Verwendung, während vom Außenbeitrag dämpfende Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Expansion ausgingen.

Für den Jahresbeginn 2017 weisen die Konjunkturindikatoren auf eine Fortsetzung des binnenwirtschaftlich getragenen Aufschwungs hin, wenn auch mit etwas verhaltenerem Tempo als im vergangenen Jahr. Die Realeinkommen der privaten Haushalte werden voraussichtlich aufgrund der inzwischen deutlich höheren Teuerung schwächer expandieren und den Anstieg des privaten Konsums dämpfen. Auch wird der Schub seitens des staatlichen Konsums nachlassen, weil der Staat weniger für Sachleistungen an Asylbewerber aufwenden muss. Impulse dürften hingegen von den Ausrüstungsinvestitionen kommen, wenn sie auch wohl weiterhin schwächer ausgeweitet werden als in früheren Aufschwüngen. Unverändert dynamisch werden sich aller Voraussicht nach die Bauinvestitionen entwickeln. Von der Außenwirtschaft gehen hingegen keine Impulse für die deutsche Konjunktur aus. Zwar ist eine leichte Beschleunigung der Ausfuhren zu erwarten. Allerdings lässt die robuste Inlandsnachfrage wohl auch den Bedarf an Importen deutlich zunehmen.

Per saldo dürfte das deutsche BIP im Jahr 2017 mit einer Rate von 1,3% expandieren, nach 1,9% im Jahr 2016. Die Verlangsamung reflektiert jedoch überwiegend einen Arbeitstageeffekt. Arbeitstäglich bereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 1,6% nach 1,8% im Vorjahr. Für 2018 erwarten wir eine wieder kräftigere Zunahme des BIP um 1,8%.

Die Beschäftigung dürfte weiterhin spürbar zunehmen. Zum einen wird die Expansion auch im Prognosezeitraum voraussichtlich vom arbeitsintensiven Dienstleistungssektor getragen, zum anderen signalisiert die steigende Zahl Offener Stellen einen wachsenden

¹ Abgeschlossen am 14.3.2017. Wir danken Martin Baumgärtner für die Unterstützung. Hinweise zu früheren Fassungen gaben Wim Kösters, Christoph M. Schmidt und Sabine Weiler. Für technische Unterstützung danken wir Waltraud Lutze.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Arbeitskräftebedarf. Alles in allem erwarten wir eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 1,0% in diesem und 1,1% im kommenden Jahr. Dies lässt für sich genommen eine rückläufige Arbeitslosigkeit erwarten, wobei dieser Effekt aber dadurch überlagert wird, dass vermehrt anerkannte Asylsuchende mit ungünstigen Beschäftigungschancen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Arbeitslosenquote wird deshalb in diesem Jahr von 6,1% auf 5,8% zurückgehen, im kommenden Jahr aber auf diesem Niveau bleiben.

Der Preisanstieg hat sich gegen Ende des Jahres 2016 merklich beschleunigt. Darin spiegelt sich vor allem der deutliche Anstieg der Energiepreise wider. Die Kerninflation (Preise ohne Energie) ist allerdings ebenfalls von 1,1% im August 2016 auf 1,7% im Februar 2017 gestiegen. Unter der Annahme eines im Prognosezeitraum real konstanten Rohölpreises dürfte der Einfluss der Energieverteuerung auf die Inflationsrate auslaufen. Zugleich verstärkt sich im Zuge einer steigenden Kapazitätsauslastung der binnenwirtschaftlich determinierte Preisauftrieb. Per saldo erwarten wir eine Inflationsrate von 1,8% in diesem und 1,7% im kommenden Jahr.

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2016 bis 2018

	2016	2017 ^p	2018 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	1,9	1,3	1,8
Erwerbstätige ² , in 1000	43475	43 900	44 400
Arbeitslose ³ , in 1000	2 691	2 560	2 550
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	6,1	5,8	5,8
Verbraucherpreise, Veränderung in %	0,5	1,9	1,7
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	1,4	2,2	1,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Mrd. €	23,7	17	16
in % des BIP	0,8	0,5	0,5
Leistungsbilanzsaldo ⁷			
in Mrd. €	266,0	248	250
in % des BIP	8,5	7,7	7,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

Auch für den Prognosezeitraum zeichnen sich staatliche Budgetüberschüsse ab. Da die Konjunktur weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen wird, bleibt sie abgabenergiebig. Da die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet ist, dürfte der Überschuss von 24 Mrd. € auf 17 Mrd. € (2017) bzw. reichlich 16 Mrd. € (2018) sinken.

Die Risiken für die deutsche Konjunktur haben jedoch zugenommen. So stellt der in vielen Ländern wachsende Protektionismus das Geschäftsmodell einer exportstarken Wirtschaft mit einem im Vergleich zu vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften immer noch bedeutsamen Industriesektor in Frage. Würde die Handelsintegration zurückgedreht, würden Teile des deutschen Kapitalstocks entwertet, mit erheblichen Konsequenzen für Wachstum und Wohlstand.

Summary

Economic growth in Germany has gained momentum at the end of 2016, after a slowdown in the third quarter. The expansion was driven exclusively by domestic demand while net exports contributed negatively to the expansion of GDP.

The domestic demand-led expansion is expected to continue, however, at a slightly slower pace compared to the previous year. Because inflation will pick up, households' real disposable income will increase less, which will curb private consumption growth. Public consumption is expected to lose momentum as well given that the government will spend less on benefits in kind for refugees. In contrast, equipment investment will pick up, even though at a slower pace compared to previous economic upswings. According to our forecast, investment in construction remains lively. Net exports, however, continue to be a drag on the economic expansion. Even though exports are expected to gain momentum, imports should benefit from robust domestic demand and hence will increase significantly faster.

All in all, German GDP is projected to increase by 1.3 percent in this year, after a 1.9 percent rise in 2016. This deceleration is, however, mainly due to the reduced number of working days in 2017. Working day adjusted GDP growth is forecasted to be 1.6 percent in 2017 after 1.8 percent in 2016. GDP is projected to gain momentum in 2018; we expect the economy to expand by 1.8 percent.

Employment will continue to increase noticeably as the economic expansion is likely to be driven by the labor-intensive services sector and labor demand keeps on rising. We project employment to increase by 1.0 percent this year and by 1.1 percent next year. Unemployment of the domestic population should continue to decrease. However, an increase in unemployment among refugees with low employment prospects will curb this development. Therefore, the unemployment rate is likely to drop from 6.1 to 5.8 percent in 2017 and will remain at that level in 2018.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

The increase in prices has accelerated noticeably at the end of 2016. While this rise is due to distinct growth in energy prices, core inflation (prices without energy) has gone up as well. Due to the assumption of real crude oil prices being constant over the forecast horizon the effect of energy prices on inflation should fade away. However, with an increase in capacity utilization domestic inflation is likely to accelerate. We project an inflation rate of 1.8 percent for this and of 1.7 percent for next year.

Public finances are likely to remain in surplus over the forecast horizon. An economic expansion driven by domestic demand fuels fiscal revenues. Since fiscal policy is slightly expansive the fiscal balance is likely to be reduced from € 24 bn. to € 17 bn. in 2017 and further to € 16 bn. in 2018.

However, risks for the German economy have increased. The "business model" of a highly export-oriented economy with a substantial share of industry is called into question by growing protectionism of many countries. If trade integration was reversed, parts of the German capital stock would devalue, which would severely affect growth and welfare.

Key Forecast Data

2016 to 2018

	2016	2017 ^f	2018 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	1.9	1.3	1.8
Employed persons ² , in 1000	43 475	43 900	44 400
Unemployed ³ , in 1000	2 691	2 560	2 550
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	6.1	5.8	5.8
Consumer prices, change in percent	0.5	1.9	1.7
Labor unit costs ⁵ , change in percent	1.4	2.2	1.9
Fiscal balance ⁶			
in EUR bn	23.7	17	16
in percent of GDP	0.8	0.5	0.5
Current account balance ⁷			
in EUR bn	266.0	248	250
in percent of GDP	8.5	7.7	7.5

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office, Deutsche Bundesbank, and the Federal Labor Office. - ¹In real terms. - ²Domestic. - ³National concept. - ⁴In % of civilian labor force. - ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. - ⁶National Accounts concept. - ⁷Balance of payments (BOP) concept. - ^fForecast.

1. Überblick

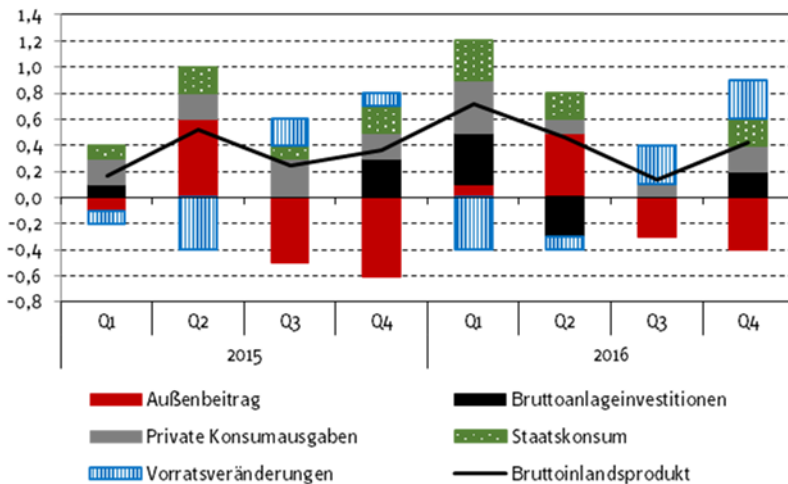
1.1 Expansion weiterhin von Inlandsnachfrage getragen

Die wirtschaftliche Expansion in Deutschland hat sich gegen Ende des Jahres 2016 wieder beschleunigt, nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal nur sehr verhalten ausgeweitet worden war. Positive Impulse kamen ausschließlich von der inländischen Verwendung, während der Außenbeitrag die gesamtwirtschaftliche Expansion dämpfte. Neben einem deutlichen Lageraufbau wurde vor allem der Staatskonsum wieder kräftig ausgeweitet. Auch der private Konsum ist nochmals gestiegen. Zugenommen haben zudem die Bruttoanlageinvestitionen, die im dritten Quartal noch stagnierten. Das Plus ging hier von den Bauinvestitionen aus, während die Ausrüstungsinvestitionen das dritte Quartal in Folge rückläufig waren, was in Deutschland bisher nur in Rezessionen zu beobachten war.

Dämpfend auf die Expansion wirkte wie erwähnt der Außenbeitrag. Zwar nahmen die Ausfuhren trotz schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds im Jahresdurchschnitt um 2,6% zu und damit rascher als das Welthandelsvolumen, wobei im vierten Quartal der höchste Zuwachs seit zwei Jahren realisiert wurde. Noch kräftiger stiegen allerdings die Einfuhren.

Schaubild 1

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts¹ 2015 bis 2016; Wachstumsbeiträge in %-Punkten



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 1

Die Prognose vom Frühjahr 2016 im Rückblick

Das RWI hatte im März vergangenen Jahres die Zunahme des BIP im Jahr 2016 schwächer eingeschätzt als nun veröffentlicht. Statt des erwarteten Plus von 1,4% wird ein Zuwachs von 1,9% ausgewiesen. Der Prognosefehler ist damit zwar etwas größer als in unseren Prognosen für 2015 und 2014, ist aber dennoch etwas geringer als im langfristigen Durchschnitt. Er entspricht in etwa der Unsicherheit über die tatsächliche BIP-Rate, die wir an den in der Vergangenheit durchgeführten Revisionen des BIP messen.

Als zutreffend erwies sich unsere Einschätzung, dass die Expansion im Wesentlichen von der inländischen Verwendung getragen wird. Bei der Prognose der Inlandsnachfrage wie auch bei ihren Komponenten sind die Prognosefehler deutlich geringer als im mehrjährigen Durchschnitt. Eine Ausnahme bildet hier der Staatsverbrauch, bei dem die Prognosefehler üblicherweise gering sind, dessen Entwicklung aber diesmal aufgrund der mit der Flüchtlingsmigration verbundenen Aufwendung schwer vorherzusehen war. Ein Drittel des Prognosefehlers ist allerdings darauf zurückzuführen, dass der Staatsverbrauch für das Ausgangsjahr der Prognose, also für 2015 nachträglich nach oben revidiert wurde.

Prognose und Istwerte des BIP und seiner Komponenten 2016

	Prognose März 2016	Ist ¹	Absoluter Prognosefehler		Nachrichtlich: Durchschnittliche Revision ⁴
			Bericht März 2016 ²	Durchschnitt 1991- 2015 ³	
Privater Konsum	2,0	2,0	0,0	0,8	0,4
Staatskonsum	2,4	4,0	1,6	0,6	0,6
Anlageinvestitionen	3,1	2,3	0,8	2,5	1,6
Ausrüstungen	3,3	1,1	2,2	3,8	1,6
Bauten	3,3	3,0	0,3	2,7	1,9
Vorratsveränderung ⁵	0,0	-0,2	0,2	0,4 ^a	0,7
Inlandsnachfrage	2,4	2,3	0,1	0,9	0,5
Außenbeitrag ⁵	-0,8	-0,2	0,6	0,6	0,2
Exporte	1,5	2,6	1,1	2,8	0,9
Importe	3,9	3,7	0,2	2,8	1,1
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,9	0,5	0,7	0,4
nachrichtlich:					
Verbraucherpreise	0,4	0,5	0,1	0,3	0,0

Eigene Berechnungen. - ¹Datenstand 23. Februar 2017. - ²Abweichung durch Rundungen. - ³RWI-Konjunkturberichte vom März. - ⁴Erste Veröffentlichung der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Vergleich zum endgültigen Wert; 1993-2012. - ⁵Wachstumsbeitrag. - ^a1996-2016.

1. Überblick

Dass die Entwicklung des BIP vor einem Jahr nicht genauer prognostiziert wurde, lag daran, dass der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags mit -0,8%-Punkten deutlich negativer eingeschätzt wurde als es sich nach heutigem Rechenstand ergibt. Sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen waren die Prognosefehler im historischen Vergleich zwar gering, jedoch wurden die Exporte unter-, die Importe leicht überschätzt.

Außer, wie angesprochen, beim Staatsverbrauch ist diesmal der Beitrag nachträglicher Korrekturen der Ausgangsdaten zum Prognosefehler gering. Im Gegenteil: Bei den Ausrüstungsinvestitionen wurde im Zuge nachträglicher Revisionen der statistische Überhang um einen Prozentpunkt angehoben. Ohne diese Änderung der Ausgangsdaten wäre die Jahresrate annähernd Null und damit der Prognosefehler größer gewesen.

Technische Komponenten der Prognosefehler für das Jahr 2016

	Fehler insgesamt ¹	Veränderung des Überhangs 2015	Fehler in Prognose der Verlaufsrate
Privater Konsum	0,0	0,1	-0,2
Staatskonsum	1,6	0,5	1,0
Ausrüstungen	-2,2	1,0	-3,1
Bauten	-0,4	0,0	-0,3
Exporte	1,1	-0,3	1,3
Importe	-0,2	0,0	-0,3
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,1	0,4

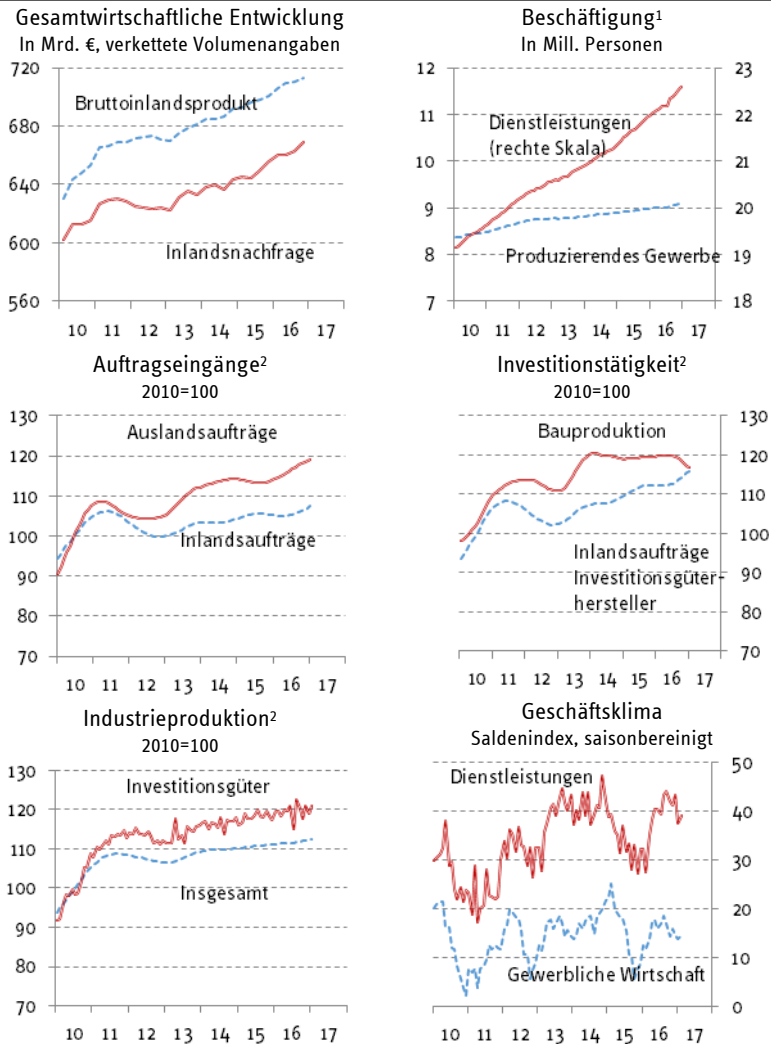
Eigene Berechnungen. - ¹Abweichung der am 23. Februar 2017 veröffentlichten Zahl von der Prognose im März 2016. Unterschiede zur Tabelle oben durch Arbeitstageeffekte.

Für den Jahresbeginn 2017 zeigen die Konjunkturindikatoren eine Fortsetzung des Aufschwungs an, wenngleich das Bild uneinheitlich ist. Im Verarbeitenden Gewerbe waren Auftragseingänge und Produktion zur Jahreswende 2016/17 zwar sehr volatil, in der Grundtendenz sind sie aber aufwärtsgerichtet (Schaubild 2). Auch beurteilen die Unternehmen ihre Wirtschaftslage deutlich besser, sowohl gemessen an den ifo-Umfragen als auch am *Purchasing Managers' Index*. Im Baugewerbe war der Produktionsindex in der Grundtendenz zuletzt zwar leicht rückläufig. Hierin könnte sich aber ein Wettereinfluss bemerkbar machen: Der November 2016 und der Januar 2017 waren deutlich kälter als im langfristigen Durchschnitt, was bei der Saisonbereinigung nicht berücksichtigt wird. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe befindet sich weiter auf hohem Niveau, und die Beurteilung der Lage durch die Bauunternehmen weist weiterhin ausgesprochen günstige Werte auf, wenn sie sich auch zuletzt etwas verschlechtert hat.

Allerdings ist die Entwicklung unstet, und es gibt auch Anzeichen einer sich abschwächenden konjunkturellen Dynamik. So haben sich die Erwartungen sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch in der Bauwirtschaft verschlechtert. Skeptischer

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 2
Indikatoren der Konjunktur
 2010 bis 2017



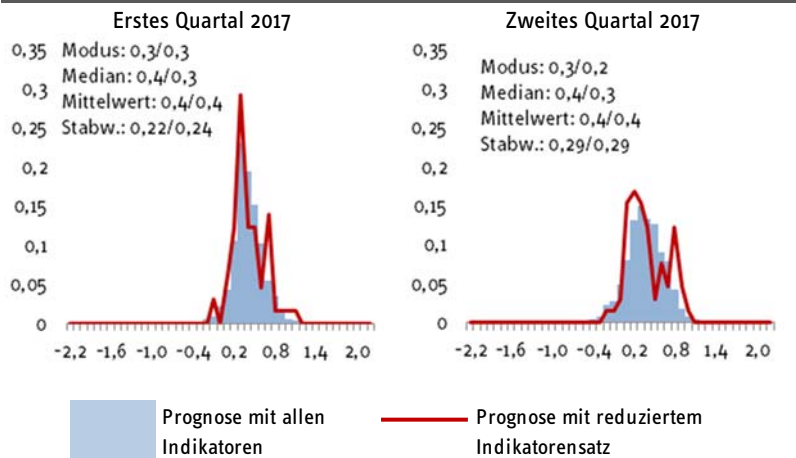
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des ifo Instituts. – ¹Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. – ²Trend-Zyklus-Komponente nach BV 4.1.

1. Überblick

gestimmt sind auch die Dienstleistungsanbieter. Der ifo Geschäftsklimaindex und der *Purchasing Managers' Index* gehen hier seit November 2016 zurück, allerdings sind die Dienstleistungsunternehmen nach wie vor optimistischer gestimmt als die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe. Auch im Einzelhandel haben sich Lage und Erwartungen gemäß den Befragungen des ifo Instituts eingetrübt. Dämpfend dürfte hier wie auch bei konsumnahen Dienstleistungen wirken, dass mit dem Anziehen der Inflation die Realeinkommenszuwächse geringer geworden sind.

Das Kurzfristmodell, welches das RWI für die Prognose der Veränderung des saisonbereinigten BIP im laufenden und im kommenden Quartal jeweils gegenüber dem Vorquartal verwendet, liefert für die beiden ersten Quartale des Jahres 2017 Prognosen, deren Mittelwerte im Bereich zwischen 0,3% und 0,4% liegen (Schaubild 3). Dies spricht dafür, dass das BIP in diesem Quartal und im nächsten mit Raten wächst, die ähnlich der im vierten Quartal 2016 beobachteten sind.

Schaubild 3
Kurzfristschätzung der Zuwachsrate des BIP
Prozentuale Verteilung der Prognosen der Vorquartalsveränderung



Eigene Berechnungen. Zur Methode vgl. an de Meulen (2015). Der erste Wert der statistischen Kennziffern bezieht sich auf ein Modell mit allen Indikatoren, der zweite Wert auf das Modell mit einem nach dem bei an de Meulen (2015) beschriebenen Verfahren reduzierten Indikatorensatz.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 2

Zyklische Klassifikation der Zeit nach der Finanzkrise

Das RWI veröffentlicht in seinen Konjunkturberichten regelmäßig eine zyklische Klassifikation der deutschen Konjunktur (zuletzt Döhrn et al. 2016a: 42-44). Diese Zuordnung der einzelnen Quartale zu Phasen des Konjunkturzyklus stützt sich auf eine kanonische Diskriminanzanalyse (Heilemann und Münch 1999). Grundgedanke dieses Verfahrens ist es, jedes Quartal auf Grundlage einer Auswahl wirtschaftlicher Kennziffern jener Phase des Zyklus zuzuordnen, zu dem es gemessen an den Mittelwerten der Klassifikatoren den geringsten Abstand hat.

Da jede Zuordnung eines Quartals zu einer Phase deren Mittelwert beeinflusst, wird bei der Klassifikation iterativ vorgegangen. Zunächst erfolgt eine Vorabfestlegung von Phasen, die die Grundlage für eine erste Schätzung der Diskriminanzfunktionen ist. Mit deren Hilfe wird eine Phasenzuordnung geschätzt und Fehler in der Zuordnung zum Anlass genommen, die Klassifikation der Quartale anzupassen und die Diskriminanzfunktionen neu zu schätzen. Diese Rechenschritte werden so lang wiederholt, bis sich eine stabile Klassifikation einstellt. Aufgrund dieses Vorgehens ist die Phasenabgrenzung zwar nicht frei von subjektiven Einschätzungen, z.B. was die Auswahl der Klassifikatoren angeht und die Zahl der tolerierbaren Fehlzuordnungen. Gegenüber univariaten Verfahren bietet dieser Ansatz aber den Vorteil, dass ein breiteres Spektrum sog. stilisierter Fakten ins Bild genommen wird und so die Spezifika eines Zyklus herausgearbeitet werden können.

Die vorliegende Klassifikation verwendet die gleichen Klassifikatoren wie die vor einem Jahr vorgestellte. Die damalige Einschätzung, dass die deutsche Wirtschaft vom zweiten Quartal 2012 bis zum ersten Quartal 2013 sich in einer Rezession befand,

Ausgewählte Klassifikatoren und ihre Gruppenmittelwerte

Veränderungen in % bzw. %-Punkten

	Aufschwung	Oberer Wendepunkt	Ab-schwung	Unterer Wendepunkt	Aktueller Aufschwung ¹
Bruttoinlandsprodukt ²	2,4	3,8	0,8	-0,6	1,6
Ausrüstungsinvestitionen ²	5,6	7,6	-6,0	-5,5	2,9
Außenbeitrag ³	3,8	3,9	0,9	3,7	7,0
BIP-Deflator ¹	1,8	2,4	4,6	3,6	1,8
Abhängig Beschäftigte ²	0,7	2,1	-0,3	-0,5	1,1
Kurzfristzins	3,5	6,2	9,9	4,2	0,0
Langfristzins, real	3,2	3,6	3,8	2,7	0,1
Steuern der Unternehmen ²	8,4	4,7	1,6	-3,0	6,6
Produktivität je Stunde ³	2,1	3,3	2,0	1,6	0,7

Eigene Berechnungen. - ¹Zweites Quartal 2013 bis viertes Quartal 2016. - ²Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. - ³Nominal, in % des BIP.

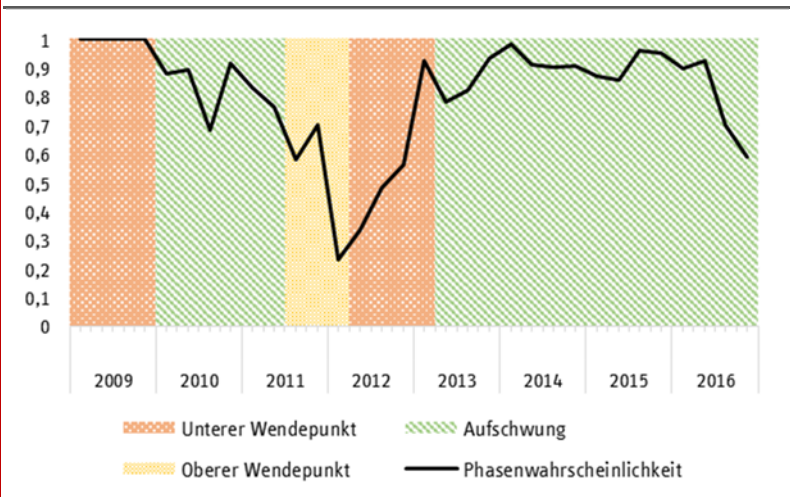
1. Überblick

wird durch die neue Schätzung bestätigt. Für die dieser Rezession vorhergehenden Quartale ergab die damalige Schätzung zwar eine erhöhte Wahrscheinlichkeit eines oberen Wendepunktes, jedoch wurden sie als Aufschwung klassifiziert. Nach den nun vorliegenden Daten und aufgrund des verlängerten Stützbereiches wird die Zeit vom dritten Quartal 2011 bis zum ersten Quartal 2012 jetzt überwiegend als oberer Wendepunkt eingeordnet. Nicht gefunden wurde, wie schon vor der Rezession 2008/09, eine Abschwungphase am Übergang vom oberem zum unteren Wendepunkt. Der Zeitraum ab dem zweiten Quartal 2013 wird als Aufschwung klassifiziert, wenn auch zuletzt mit abnehmender Wahrscheinlichkeit (Schaubild).

Allerdings ist die zyklische Klassifikation derzeit schwierig. Zum einen lässt sich dies daran festmachen, dass derzeit nur gut 90% aller Quartale zutreffend klassifiziert werden, und sich dieser Anteil durch eine geänderte Zuordnung zu Zyklusphasen auch nicht steigern lässt. Zum anderen leistet am aktuellen Rand die dritte Diskriminanzfunktion einen Erklärungsbeitrag, was in der Vergangenheit eher selten war. Ursache der unsicheren Klassifikation ist die derzeit ungewöhnliche Konstellation der Klassifikatoren. Dies zeigt ein Vergleich der Mittelwerte der Variablen im aktuellen Aufschwung mit den Phasenmittelwerten (Tabelle). Während die Zuwachsrate des BIP, der BIP-Deflator, das Beschäftigungswachstum und die Steuerzahlungen der Unternehmen nahe bei den Mittelwerten der Aufschwungphasen liegen, liegen die Werte für die Produktivitätsentwicklung und die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen deutlich unter denen früherer Aufschwünge. Der Außenbeitrag ist außergewöhnlich hoch, während die Zinsen sich außerhalb des in früheren Zyklusphasen beobachteten Wertebereichs bewegen.

Zyklische Klassifikation der deutschen Konjunktur

2009 bis 2016



Eigene Berechnungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

1.2 Annahmen der Prognose

Unserer Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- fi** Der Welthandel mit Waren wird 2017 um 3,2% und 2018 um 3% zunehmen.
- fi** Rohöl (Sorte Brent) wird sich im Prognosezeitraum ausgehend von dem zuletzt erreichten Niveau von knapp 56 \$/barrel im Februar 2017 mit einer Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen Preis von 56 \$/barrel in diesem und von 57 \$/barrel im kommenden Jahr.
- fi** Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar liegt im Prognosezeitraum unverändert bei 1,06 \$/€.
- fi** Die Tariflöhne je Stunde (in der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank) steigen in diesem Jahr um 2,3% und im kommenden Jahr um 2,5%.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- fi** Die Geldpolitik der EZB wird bis Ende des Prognosezeitraums expansiv ausgerichtet bleiben. Die maßgeblichen Leitzinsen bleiben unverändert; der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0%, der Satz der Einlagefazilität bei -0,4%. Das Volumen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) wird wie angekündigt zum April 2017 von 80 Mrd. € auf 60 Mrd. € reduziert und bis Ende des Jahres 2017 fortgeführt.
- fi** Die Finanzpolitik ist im Jahr 2017 leicht expansiv ausgerichtet. Der finanzpolitische Impuls dürfte sich auf rund 12 Mrd. € beziehungsweise in Relation zum nominalen BIP auf 0,4% belaufen (Tabelle 10). Ausschlaggebend hierfür sind Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung und die Aufstockung investiver Ausgaben. Einnahmeseitig ergeben sich per saldo nur geringe Impulse. Entlastungen insbesondere im Bereich der Einkommensteuer steht eine Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung gegenüber. Für das Jahr 2018 ist nach Maßgabe der bisherigen Beschlüsse von einer annähernd konjunkturneutralen Ausrichtung der Finanzpolitik auszugehen. Angesichts der anstehenden Bundestagswahl ist diese Einschätzung allerdings mit erhöhter Unsicherheit behaftet, zumal die sich abzeichnenden Budgetüberschüsse Begehrlichkeiten wecken dürften.

1.3 Aufschwung setzt sich mit vermindertem Tempo fort

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen und unter Berücksichtigung der Konjunkturindikatoren deutet einiges darauf hin, dass sich der von der Inlandsnachfrage getragene Aufschwung fortsetzt. Allerdings dürfte die Expansion verhaltener sein als im vergangenen Jahr. Die realen verfügbaren Einkommen der

1. Überblick

privaten Haushalte werden voraussichtlich aufgrund der inzwischen deutlich höheren Teuerung schwächer expandieren und so den Anstieg der privaten Konsumausgaben dämpfen. Auch wird der Schub seitens des Staatskonsums nachlassen, weil mit nachlassender Fluchtmigration die Zahl der Asylbewerber abnimmt, die vorwiegend staatliche Sachleistungen erhalten. Impulse dürften hingegen von den Ausrüstungsinvestitionen kommen, die ihre Schwächephase wohl überwunden haben und sich im Prognosezeitraum wieder beleben werden, wenn auch nach wie vor mit im Vergleich zu früheren Aufschwüngen geringeren Raten (Kasten 2). Unverändert dynamisch werden sich aller Voraussicht nach die Bauinvestitionen entwickeln, da inzwischen angesichts niedriger Finanzierungskosten ein hoher Auftragsbestand aufgelaufen ist. Insgesamt wird die Inlandsnachfrage zwar etwas langsamer ausgeweitet werden als im Vorjahr, sie wird aber immer noch kräftig steigen.

Dämpfende Impulse sind seitens der Außenwirtschaft zu erwarten. Zwar ist infolge der Belebung der internationalen Konjunktur mit einer leichten Beschleunigung der Ausfuhren zu rechnen. Allerdings lässt die kräftige Inlandsnachfrage wohl auch die Importe deutlich zunehmen. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürften so von der Außenwirtschaft keine nennenswerten Beiträge zur gesamtwirtschaftlichen Expansion ausgehen; aufgrund des statistischen Unterhangs ergibt sich für 2017 ein deutlich negativer Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags.

Per saldo dürfte das deutsche BIP im Jahr 2017 mit einer Rate von 1,3% expandieren, nach 1,9% im Jahr 2016. Die Verlangsamung reflektiert jedoch überwiegend einen Arbeitstageeffekt.² Arbeitstäglich bereinigt ergibt sich eine Zuwachsrate von 1,6% nach 1,8% im Vorjahr (Tabelle 2). Für das kommende Jahr ist eine wieder kräftigere Zunahme des BIP um 1,7% bzw. arbeitstäglich bereinigt um 1,8% zu erwarten.

Die Beschäftigung, die bis zuletzt deutlich gestiegen ist,³ dürfte auch weiterhin zunehmen. Zum einen wird die Expansion auch im Prognosezeitraum vom arbeitsintensiven Dienstleistungssektor getragen, zum anderen signalisiert die steigende Zahl offener Stellen einen wachsenden Arbeitskräftebedarf. Alles in allem erwarten wir

² 2016 war ein Schaltjahr. Zudem fielen der 1. Mai und der 1. Weihnachtsfeiertag auf einen Sonntag sowie Heiligabend und Silvester auf einen Samstag. All dies führte zu einem positiven Arbeitstageeffekt. 2017 fällt der Schalttag weg, der 1. Mai und der 1. Weihnachtsfeiertag fallen wieder auf einen Wochentag. Ferner ist zur Feier des 500. Jahrestages der Reformation der 31. Oktober ausnahmsweise deutschlandweit ein Feiertag. Damit ist der Arbeitstageeffekt negativ.

³ Dies gilt zumindest nach der aktuellen revidierten Erwerbstätigenrechnung, während in den VGR, auf denen diese Prognose basiert, noch ein sich abschwächendes Beschäftigungswachstum ausgewiesen wird. Vgl. dazu Kasten 4.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 2

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts
2015 bis 2018; in %

	2015	2016	2017 ^P	2018 ^P
Statistischer Überhang ¹	0,7	0,5	0,5	0,7
Jahresverlaufsrate ²	1,3	1,8	1,8	1,7
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,5	1,8	1,6	1,8
Kalendereffekt ³	0,2	0,1	-0,3	0,0
Durchschnittliche Veränderung	1,7	1,9	1,3	1,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^PEigene Prognose.

eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 1,0% in diesem und um 1,1% im kommenden Jahr. Dies lässt für sich genommen eine rückläufige Arbeitslosigkeit erwarten, wobei dieser Effekt aber dadurch überlagert wird, dass vermehrt anerkannte Asylsuchende mit ungünstigen Beschäftigungschancen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote wird 2017 auf 5,8% sinken und 2018 auf diesem Niveau bleiben.

Der Preisanstieg hat sich seit Ende des Jahres 2016 merklich beschleunigt, nachdem im August die Inflationsrate noch bei 0,4% lag. Im Durchschnitt der beiden ersten Monate des Jahres 2017 betrug die Teuerung 2,1%. Die Beschleunigung spiegelt vor allem einen deutlichen Anstieg der Energiepreise wider. Ohne die Energiekomponente ist die Inflation von 1,1% im August 2016 auf 1,7% im Februar 2017 gestiegen, wozu allerdings auch die Verteuerung von Nahrungsmitteln aufgrund einer schlechten Ernte in Südeuropa beitrug. Unter der Annahme, dass der Rohölpreis real konstant bleibt, dürfte der massive Effekt der Energiepreise auf die Inflationsrate im Prognosezeitraum auslaufen. Andererseits dürfte mit steigender Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten der binnenwirtschaftlich determinierte Preisauftrieb etwas stärker werden. Per saldo erwarten wir eine Inflationsrate von 1,8% in diesem und 1,7% im kommenden Jahr.

Für den Prognosezeitraum zeichnen sich staatliche Budgetüberschüsse ab. Da die Konjunktur weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen wird, bleibt sie abgabenergiebig. Der Anstieg der Staatseinnahmen dürfte sich dabei abschwächen, zumal die Steuern gesenkt werden. Auf der Ausgabenseite sind ebenfalls geringere Zuwächse zu erwarten. Der Überschuss dürfte von 24 Mrd. € auf 17 Mrd. € in diesem und auf reichlich 16 Mrd. € im kommenden Jahr sinken.

1. Überblick

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

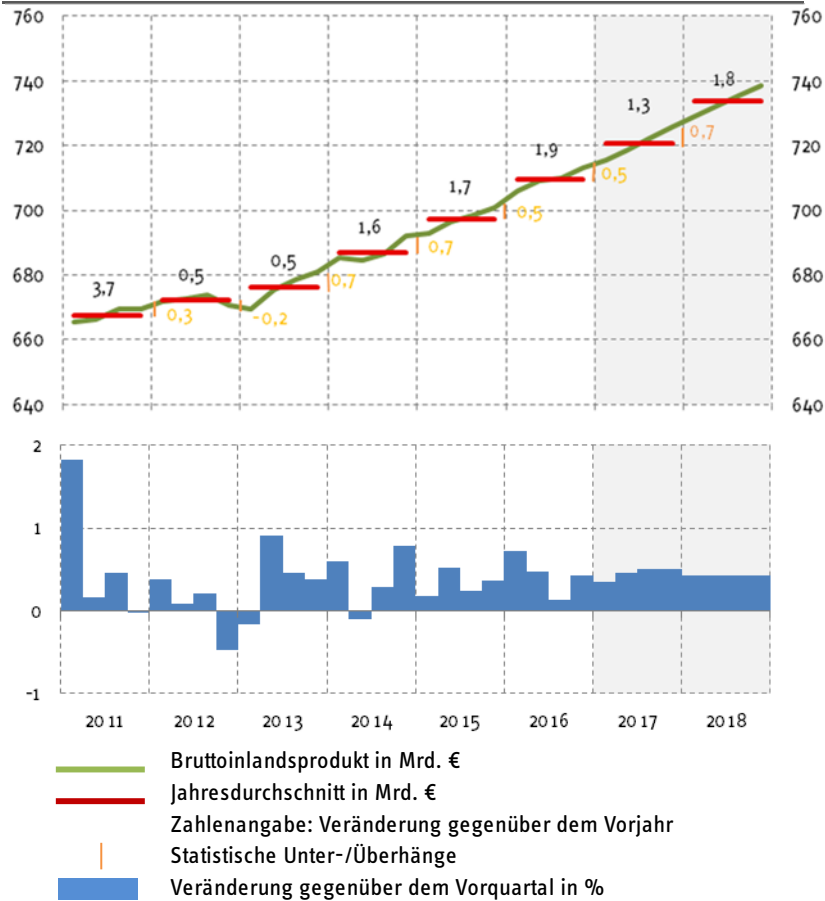
2016 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2016	2017 ^P	2018 ^P	2017 ^P		2018 ^P	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Verwendung¹							
Konsumausgaben	2,5	1,5	1,6	1,5	1,6	1,7	1,6
Private Haushalte ²	2,0	1,1	1,5	1,0	1,2	1,4	1,5
Staat	4,0	2,8	2,1	2,7	2,9	2,4	1,8
Anlageinvestitionen	2,3	1,7	3,4	1,0	2,3	3,5	3,3
Vorratsveränderung ³	-0,2	0,2	0,0	0,5	-0,1	-0,1	0,1
Inlandsnachfrage	2,3	1,8	2,0	1,9	1,7	2,0	2,1
Außenbeitrag ³	-0,2	-0,4	-0,1	-0,4	-0,4	-0,1	-0,1
Exporte	2,6	3,3	3,7	3,7	2,9	3,3	4,0
Importe	3,7	4,9	4,5	5,5	4,3	4,1	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,3	1,8	1,3	1,3	1,7	1,9
Preise							
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,4	1,7	1,2	1,5	1,7	1,6
Konsumausgaben ²	0,6	1,8	1,5	2,0	1,7	1,5	1,6
Einfuhr	-2,5	3,7	0,7	3,8	3,5	0,7	0,7
Einkommensverteilung							
Arbeitnehmerentgelt	3,5	3,6	3,9	4,1	3,2	3,9	3,9
Gewinne ⁴	3,0	0,5	2,8	-0,2	1,1	2,9	2,7
Volkseinkommen	3,3	2,6	3,6	2,7	2,5	3,6	3,6
Abgaben ⁵ ./Subventionen	2,3	2,6	2,6	1,9	3,3	2,8	2,3
Nettonationaleinkommen	3,2	2,6	3,5	2,6	2,6	3,5	3,4
Abschreibungen	3,1	3,0	3,5	2,9	3,2	3,4	3,5
Bruttonationaleinkommen	3,2	2,7	3,5	2,7	2,7	3,5	3,4
Entstehung							
Erwerbstätige	1,0	1,0	1,1	0,8	1,2	1,2	1,1
Arbeitszeit	-0,3	-0,5	-0,2	-0,1	-0,8	-0,3	-0,1
Arbeitsvolumen	0,7	0,5	0,9	0,6	0,4	0,9	1,0
Produktivität	1,2	0,8	0,9	0,7	0,9	0,8	0,9
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,9	1,3	1,8	1,3	1,3	1,7	1,9
Output-Lücke⁶	0,7	0,5	0,7				

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Preisbereinigt. - ²Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. - ⁴Unternehmens- und Vermögenseinkommen. - ⁵Produktions- und Importabgaben. - ⁶Abweichung des BIP vom potenziellen BIP in % des potenziellen BIP. - ^PEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 4
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 2011 bis 2018; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

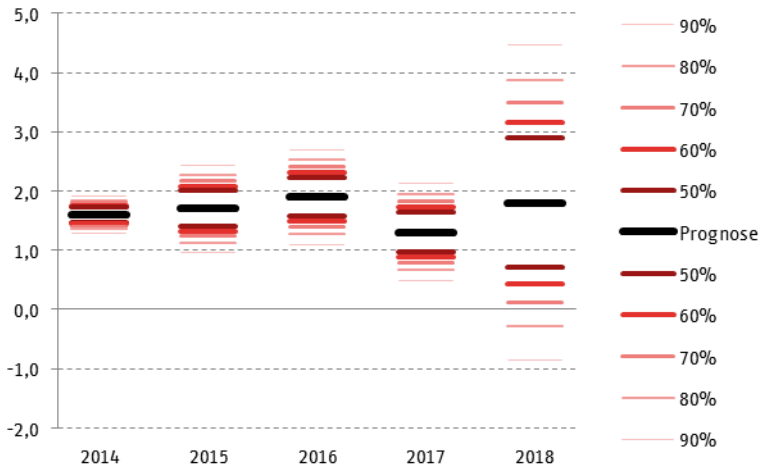
1.4 Unsicherheiten und Risiken

Die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands bis 2018 beruht auf einer Vielzahl von Annahmen und stützt sich auf eine Datenbasis, die – wie die aktuelle Revision der Angaben zu den Erwerbstätigen zeigt – ebenfalls unsicher ist. Insofern sind alle Aussagen mit Unsicherheit behaftet, die wir durch Prognosebänder

1. Überblick

Schaubild 5

Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP
2014 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Bis 2016: Revisionsintervall. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. (2007): 44-45; Döhrn et al. (2010): 60-61 und Fußnote 10; Döhrn et al. (2011): 65.

ausdrücken, die sich aus den Fehlern unserer früheren Prognosen ableiten. Bei der Prognose für 2017 reicht das 80%-Prognoseband von 0,7% bis 1,9%. Für 2018 ist in Anbetracht der Tatsache, dass noch keine Daten für dieses Jahr vorliegen und mithin die Prognose weitaus überwiegend von Annahmen getrieben ist, das Band weiter und reicht von -0,3% bis 3,9% (Schaubild 5).

Abgesehen von dieser nicht zu vermeidenden Unsicherheit von auf die Zukunft bezogenen Aussagen bestehen spezielle Risiken, die ihre Ursache – wie schon seit einiger Zeit – vorwiegend im außenwirtschaftlichen Umfeld haben. Bereits in früheren Berichten hatten wir darauf hingewiesen, dass der in vielen Ländern wachsende Wirtschaftsnationalismus und Desintegrationsprozesse das „Geschäftsmodell“ der deutschen Wirtschaft mit einem exportstarken und im Vergleich zu vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften immer noch bedeutsamen Industriesektor gefährden dürfte (Döhrn et al. 2016a: 56-58, Döhrn et al. 2016b: 52-53).

Diese Gefahr ist mit der Entscheidung Großbritanniens für einen „harten Brexit“ und dem Regierungswechsel in den USA größer geworden. In der Prognose ist das zwar insoweit berücksichtigt, als sie für den Prognosezeitraum von einer im Vergleich zu früher nur moderaten Ausweitung des Welthandels ausgeht. Würden aber

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 4

Auswirkungen eines um 2% geringeren Welthandels¹ auf die deutsche Wirtschaft

Abweichungen vom Niveau der Basislösung in % bzw. in 1000

	2017	2018	2019
Bruttoinlandsprodukt	-0,8	-1,0	-1,0
Privater Konsum	-0,3	-0,6	-0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-0,9	-1,5	-1,5
Ausrüstungsinvestitionen	-2,1	-3,5	-3,6
Inländische Verwendung	-0,4	-0,8	-0,7
Außenbeitrag ²	-0,4	0,1	-0,1
Export	-1,9	-2,1	-2,1
Import	-1,2	-1,7	-1,6
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)	-13,2	-8,2	-10,0
Erwerbstätige (in 1000)	-54	-146	-190
Arbeitslose (in 1000)	26	69	89

Eigene Berechnungen. - ¹Senkung des Niveaus Welthandels um 2% ab dem Jahr 2017. - ²Wachstumsbeitrag in %-Punkten; Differenz im jeweiligen Jahr.

derzeit diskutierte Vorschläge wie der Übergang der USA zu einer Importe diskriminierenden *border tax* umgesetzt, könnte es zu einem raschen und deutlichen Rückgang des Welthandels kommen.

Die USA hatten zuletzt (2015) einen Anteil an den Weltimporten von gut 13%. Würden deren Einfuhren durch handelspolitische Maßnahmen um 10% sinken, hätte dies für sich genommen ein um 1,3% geringeres Welthandelsvolumen zur Folge. Dieser Effekt dürfte aufgrund von Zweitrundeneffekten – insbesondere sinkender Einfuhren der Länder, die weniger in die USA liefern – noch etwas vergrößert werden. Vor diesem Hintergrund haben wir eine Simulation mit dem RWI Konjunkturmodell durchgeführt, um abzuschätzen, welchen Effekt ein dauerhaft um 2% geringerer Welthandel auf die deutsche Wirtschaft hätte.

Das geringere Welthandelsvolumen würde sich rasch und nahezu 1:1 in geringere deutsche Exporte umsetzen. Darauf reagieren die Unternehmen mit einer Einschränkung ihrer Investitionen. Beim Privaten Konsum kommt die dadurch implizierte schwächere Produktion verzögert an, nämlich in dem Maße, wie die Beschäftigung sinkt. Allerdings wird der negative Effekt auf das deutsche BIP dadurch reduziert, dass gerade Ausrüstungsinvestitionen und Exporte viele importierte Vorprodukte benötigen und mithin auch die Einfuhren sinken. Damit wird der anfangs spürbare negative Effekt auf den Wachstumsbeitrag des Außenhandels im Zeitablauf geringer, und auch die Auswirkungen auf den deutschen Leistungsbilanzsaldo sind nicht allzu groß. Dieser verschlechtert sich im Durchschnitt der kommenden drei Jahre um gut

10 Mrd. € (0,3% in Relation zum BIP). Das Anziehen der Importe sorgt auch dafür, dass die dämpfenden Wirkungen auf das BIP auslaufen. Im Jahr 2017 liegt es um 0,8%-Punkte und im Jahr 2018 um 1%-Punkt unter der Basislösung. Übersetzt in Zuwachsraten würde das deutsche BIP in diesem Jahr statt wie hier prognostiziert um 1,3% um lediglich 0,5% zunehmen. Die Zuwachsrate im kommenden Jahr würde sich um 0,2%-Punkte reduzieren.

Dies ist allerdings ein vergleichsweise mildes Szenario, in dem es bei einem einmaligen negativen Effekt auf den Welthandel bleibt. Schwerwiegender wären die Konsequenzen, wenn zu einem Handelskrieg käme, weil andere Länder auf protektionistische Maßnahmen der USA ihrerseits mit mehr Protektionismus reagieren. Ein solches Szenario zu simulieren, würde allerdings ein Modell überfordern, dessen Parameter für einen Zeitraum geschätzt wurden, in dem es stets Fortschritte bei der Handelsintegration gab.

2. Die Verwendungskomponenten

2.1 Keine Impulse vom Außenbeitrag

Der Außenhandel hat die gesamtwirtschaftliche Expansion im zweiten Halbjahr 2016 deutlich gedämpft. Zwar legten die Exporte zum Jahresende wieder spürbar zu, jedoch wuchsen die Importe äußerst kräftig, so dass sich per saldo ein deutliches Minus beim Expansionsbeitrag des Außenbeitrags ergab.

Die Exporte profitierten im zweiten Halbjahr insbesondere von der guten Konjunktur in Asien und im Euro-Raum. Auch die Lieferungen in die USA zogen nach einem relativ schwachen dritten Quartal wohl aufgrund der Euro-Abwertung zuletzt wieder an; seit August 2016 hat der Euro um gut 5% gegenüber dem US-Dollar abgewertet. Auffällig ist allerdings, dass über alle Länder hinweg im zweiten Halbjahr 2016 verstärkt Vorleistungs- und Konsumgüter nachgefragt wurden, während sich die Nachfrage nach Investitionsgütern wenig dynamisch zeigte.

Die Importe haben sich zum Jahresende 2016 im Zuge der guten Binnenkonjunktur außerordentlich kräftig entwickelt; der Anstieg im vierten Quartal war der stärkste seit Mitte 2010. Passend zu den rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen haben die Investitionsgüterimporte nur mäßig zugenommen. Stärker gefragt waren hingegen ausländische Konsumgüter. Noch kräftiger fiel allerdings der Zuwachs bei den Vorleistungsgüterimporten aus, was darauf hindeuten könnte, dass die Unternehmen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

ihre Lagerbestände aufgefüllt haben, was im Einklang mit dem recht hohen Expansionsbeitrag der Vorratsinvestitionen stünde.

Für das erste Quartal 2017 zeichnet sich ein Zuwachs der Ausfuhren ab, wenn auch wohl ein schwächerer als im vierten Quartal 2016. Zwar ist der Spezialhandel im Januar in nominaler Betrachtung deutlich um 2,7% gestiegen, preisbereinigt dürfte der Anstieg etwas über 2% betragen haben. Allerdings konnte dieses Plus den starken Rückgang im Dezember nicht kompensieren. Ansonsten zeigen die Indikatoren ein gemischtes Bild. Die ifo Exporterwartungen sind im Februar auf ein Drei-Jahres-Hoch geklettert, die Auftragsgänge aus dem Ausland waren, nach einem starken Dezemberwert, im Januar allerdings ausgesprochen schwach.

Insgesamt schätzen wir die Entwicklung der Ausfuhren etwas günstiger ein als vor einem Vierteljahr, weil sich die weltwirtschaftlichen Perspektiven aufgehellt haben, wenn auch die Risiken hoch sind. In der Eurozone dürfte die Wirtschaft im Prognosezeitraum etwas kräftiger expandieren als zuletzt erwartet, und auch die Konjunktur in China zeigt sich zum Jahresauftakt robuster. Allerdings dürfte sich die verbesserte weltwirtschaftliche Lage nicht im früher beobachteten Maße in gestiegenen Exporten niederschlagen. Wuchs der Welthandel in den neunziger Jahren noch deutlich schneller als die globale Produktion, so war das Handelswachstum im vergangenen Jahr wohl wesentlich schwächer als die Steigerung der Wirtschaftsleistung.⁴ Alles in allem erwarten wir daher für 2017 ein Ausfuhrwachstum von 3,3% und für 2018 von 3,7%.

Auch die Einfuhren dürften im ersten Quartal 2017 etwas langsamer expandieren als zum Jahresende 2016. Das kräftige nominale Plus des Spezialhandels im Januar von 3% ist zwar zum Teil auf steigende Einfuhrpreise zurückzuführen, in realer Betrachtung bleibt jedoch mit 1,3% ein immer noch beachtlicher Zuwachs. In den kommenden Monaten dürfte der starke Anstieg der Importpreise die Nachfrage nach ausländischen Waren etwas dämpfen. Mit langsam anziehenden Ausrüstungsinvestitionen und Exporten dürften allerdings auch die Einfuhren im weiteren Verlauf des Jahres an Dynamik gewinnen. Stützend dürfte wohl weiterhin der private Konsum wirken. Alles in allem erwarten wir, dass die Importe in diesem Jahr auch aufgrund des starken Überhanges aus 2016 um 4,9% und 2018 um 4,5% zulegen werden. Damit dürfte der Außenhandel im Prognosezeitraum dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Expansion wirken. Auch der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird damit unserer Prognose nach in diesem Jahr sinken.

Die *terms of trade* haben sich seit der Mitte vergangenen Jahres deutlich verschlechtert, insbesondere weil sich Rohstoffe merklich verteuerten. Zu Jahresbeginn 2017 hat

⁴ Zu den Gründen vgl. RWI (2016).

2. Die Verwendungskomponenten

Tabelle 5

Beitrag der Verwendungskomponenten¹ zum Wachstum des BIP

2012 bis 2018; in %-Punkten

	2012	2013	2014	2015	2016	2017 ^P	2018 ^P
Inlandsnachfrage	-0,8	0,9	1,3	1,5	2,1	1,7	1,9
Konsumausgaben	0,9	0,6	0,7	1,6	1,8	1,1	1,2
Private Haushalte	0,7	0,4	0,5	1,1	1,1	0,6	0,8
Staat	0,2	0,2	0,2	0,5	0,8	0,5	0,4
Anlageinvestitionen	-0,1	-0,2	0,7	0,3	0,5	0,3	0,7
Ausrüstungen	-0,2	-0,1	0,4	0,2	0,1	0,0	0,2
Bauten	0,1	-0,1	0,2	0,0	0,3	0,3	0,4
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-1,6	0,5	-0,1	-0,5	-0,2	0,2	0,0
Außenbeitrag	1,3	-0,4	0,3	0,2	-0,2	-0,4	-0,1
Exporte	1,3	0,9	1,9	2,4	1,2	1,5	1,7
Importe	0,0	-1,3	-1,6	-2,1	-1,5	-1,9	-1,8
BIP²	0,5	0,5	1,6	1,7	1,9	1,3	1,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Lundberg-Komponenten berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise. - ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.- ^PEigene Prognose.

sich diese Tendenz fortgesetzt, wodurch die Importpreise im ersten Quartal voraussichtlich sehr kräftig steigen werden. Unter der Annahme real konstanter Rohstoffpreise wird der Preisdruck von dieser Seite im Laufe des Prognosezeitraums auslaufen. Zugleich dürften die Exportpreise, nach einem Rückgang im vergangenen Jahr, in diesem Jahr wieder zulegen, da die Exporteure den Preisanstieg bei den Vorleistungsgütern und die gestiegenen Arbeitskosten wohl weitergeben werden. Allerdings dürften sich die Exporte weniger stark verteuern als die Importe. Im kommenden Jahr verändern sich die *terms of trade* unserer Einschätzung nach kaum, da Import- und Exportpreise in ähnlich geringem Tempo zulegen.

2.2. Verhaltene Ausweitung der Unternehmensinvestitionen

Die Unternehmensinvestitionen⁵ haben im Jahresdurchschnitt 2016 nur moderat um 1,3% zugenommen, wobei sich der Anstieg aus einem hohen statistischen Überhang aus dem Vorjahr (0,9%-Punkte) und einem ausgesprochen starken ersten Quartal

⁵ Zu den Unternehmensinvestitionen rechnen wir die Ausrüstungs- und die sonstigen Anlageinvestitionen der nichtstaatlichen Sektoren sowie die gewerblichen Nichtwohnbauten.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

ergibt. Im Jahresverlauf haben die Unternehmen ihre Investitionen sogar eingeschränkt. Dabei zeigte sich bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen⁶ und bei den gewerblichen Bauinvestitionen ein ähnlicher Verlauf, außer dass sich die Bauinvestitionen gegen Jahresende wieder erholt haben. Günstiger entwickelten sich die Investitionen der nichtstaatlichen Sektoren in geistiges Eigentum, die ein Plus von 3% erreichten und mittlerweile 26% der Unternehmensinvestitionen ausmachen.

Angeichts der seit nunmehr drei Jahren kräftigen gesamtwirtschaftlichen Expansion, steigender Kapazitätsauslastung und der gleichzeitig ungewöhnlich niedrigen Finanzierungskosten überraschen die schwachen Unternehmensinvestitionen. Eine Erklärung könnte die recht hohe Verunsicherung der Unternehmen sein. Jedenfalls liegt der *Economic Policy Uncertainty Index* schon seit einiger Zeit auf einem deutlich erhöhten Niveau; an ihm gemessen erscheint die Verunsicherung derzeit sogar größer als während der Finanzkrise 2008/09. Demnach könnte die unsichere Zukunft der europäischen Integration nach dem EU-Referendum in Großbritannien und der noch nicht absehbare wirtschafts- und handelspolitische Kurs der neuen US-Administration zu der Investitionszurückhaltung im vergangenen Jahr beigetragen haben. Diese Faktoren dürften die Unternehmensinvestitionen auch in diesem Jahr dämpfen. Bei den Bauinvestitionen gibt es außerdem Anzeichen, dass sie durch eine hohe Geräte- und Kapazitätsauslastung und einen Mangel an Arbeitskräften beeinträchtigt werden.

Im Prognosezeitraum dürften die Unternehmensinvestitionen wieder ausgeweitet werden. Mit Blick auf die Ausrüstungsinvestitionen deuten hierauf die zu Beginn dieses Jahres merklich ausgeweitete Produktion sowie die gestiegenen Inlandsumsätze im Investitionsgüterbereich hin. Zudem weist der *Order Capacity Index* auf einen hohen Bestellüberhang im Investitionsgütergewerbe hin, die Stimmungsindikatoren im Verarbeitenden Gewerbe haben sich verbessert und die Aktienmarktvolatilität – gemessen am VDAX Index – ist gesunken. Gegen einen allzu starken Investitionsaufschwung spricht freilich, dass sich, wie der *Economic Policy Uncertainty Index* zeigt, die Verunsicherung über die Wirtschaftspolitik bis zuletzt deutlich erhöht hat. Selbst wenn die privaten Ausrüstungsinvestitionen jedoch im Jahresverlauf um 3,1% expandieren, ergibt sich aufgrund des statistischen Unterhangs für den Jahresdurchschnitt ein Minus von 0,5%. Im kommenden Jahr werden sie voraussichtlich um 3,6% expandieren. Die privaten Investitionsausgaben für geistiges Eigentum dürften im gesamten Prognosezeitraum expandieren; dieses Jahr werden sie wohl um 2,2% und 2018 um 2,3% steigen.

⁶ Die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen expandierten im vierten Quartal 2016 sehr kräftig um 27,8%, so dass die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt im Schlussquartal nur wenig sanken.

2. Die Verwendungskomponenten

Tabelle 6

Anlageinvestitionen in Deutschland

2016 bis 2018; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	Anteile ¹	2016	2017 ^P	2018 ^P
Anlageinvestitionen insgesamt	100	2,3	1,7	3,4
Ausrüstungen	32,6	1,1	0,2	3,6
sonstige Anlagen	18,0	2,6	2,1	2,3
Bauinvestitionen insgesamt	49,4	3,0	2,5	3,7
Wohnbauten	30,2	4,2	3,5	4,2
Nichtwohnbauten	19,1	1,0	1,1	2,9
gewerbliche Bauten	13,4	0,2	0,2	2,6
öffentliche Bauten	5,7	2,9	3,1	3,5
nachrichtlich:				
Unternehmensinvestitionen ²	59,2	1,3	0,3	3,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Anteile an den nominalen Investitionen des Jahres 2016 in %. - ²Ausrüstungs- und sonstige Anlageinvestitionen des nicht-staatlichen Sektors zuzüglich gewerbliche Bauinvestitionen. - ^PEigene Prognose.

Die Wirtschaftsbauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum spürbar zulegen. Die Baugenehmigungen sind im vergangenen Jahr deutlich gestiegen, die Auftragsbestände sind hoch, und die Deutsche Bahn plant Großinvestitionen. Allerdings ist die Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe bereits sehr hoch, und eine Analyse der Bundesagentur für Arbeit (BA 2016) ergab, dass derzeit aufgrund der anhaltend guten Baukonjunktur Engpässe in Bauberufen bestehen, was eine Ausweitung der Bautätigkeit erschwert und einem verstärkten Preisauftrieb Vorschub leisten dürfte.

Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im Durchschnitt dieses Jahres wohl um lediglich 0,3% expandieren; die Jahresverlaufsrate dürfte allerdings 2,8% betragen. Im kommenden Jahr prognostizieren wir einen Anstieg um 3,0% (Tabelle 6).

2.3 Teuerung dämpft Nachfrage der privaten Haushalte

Die Nachfrage der privaten Haushalte erwies sich 2016 wie schon im Jahr zuvor als wesentliche Triebkraft der gesamtwirtschaftlichen Expansion. So legten die privaten Konsumausgaben um 2% zu und leisteten einen Beitrag zum Anstieg des BIP in Höhe von 1,1%-Punkten. Die privaten Wohnungsbauinvestitionen, die zu einem erheblichen Teil von privaten Haushalten getätigt werden, erhöhten sich sogar um 4,2%.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

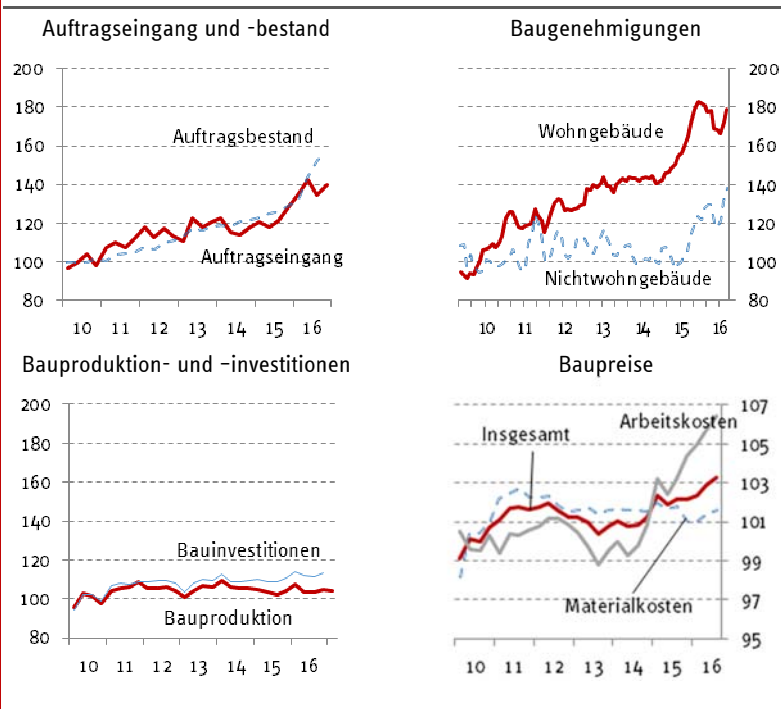
Kasten 3

Wachsende Divergenzen zwischen Aufträgen und Produktion im Hochbau

Betrachtet man die Konjunkturindikatoren für die Bauwirtschaft, speziell für den Wohnungsbau, so zeigt sich derzeit eine schwierig zu interpretierende Konstellation: Die Bauaufträge und ähnlich die Baugenehmigungen^a haben sich seit Mitte 2014 kräftig erhöht; so lagen die Auftragseingänge im Wohnungsbau 2016 im Jahresdurchschnitt um 28,7% über dem Wert von 2014. Zugleich nahmen die Bauproduktion und die Bauinvestitionen recht bescheiden zu: Der Produktionsindex im Hochbau lag 2016 nur um 1,3% über dem Jahresdurchschnitt 2014, die Wohnungsbauinvestitionen um 5,8%. Diese Diskrepanz führte dazu, dass die Auftragsbestände kräftig zugenommen haben und die Reichweite der Auftragsbestände sich laut ifo Konjunkturtest mit über drei Monaten auf einem Allzeithoch befindet. Eine Erklärung, weshalb reichlich vorhandene Aufträge sich nur zögerlich in Produktion niederschlagen, könnten Kapazitätsprobleme sein. So signalisieren sowohl der ifo Konjunkturtest als auch die Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit einen Personalmangel in der Bauwirtschaft.

Indikatoren für den Hochbau

2010 = 100



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

2. Die Verwendungskomponenten

Bei einer solchen Konstellation ist zu erwarten, dass Bauunternehmen versuchen, höhere Preise durchzusetzen. Dies sieht man nur teilweise. Die Arbeitskosten steigen zwar bereits deutlich, auf die Baupreise insgesamt schlägt dies allerdings bislang nur gedämpft durch, weil sich die Materialkosten moderat entwickeln.

Aus der beschriebenen Konstellation könnten für die Prognose zwei Folgerungen abgeleitet werden. Erstens könnten in der Bauwirtschaft Kapazitäten geschaffen und der Auftragsüberhang beschleunigt abgebaut werden. Dann würden die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum beschleunigt steigen. Dieser Option stehen allem Anschein nach Personalengpässe entgegen. Auch sinken die Inlandsaufträge für Baumaschinen in der Tendenz, was gegen einen forcierten Kapazitätsaufbau spricht. Insofern dürften die Wohnungsbauinvestitionen zwar weiterhin deutlich steigen, von einem Bauboom ist man aber weit entfernt.

Die zweite Folgerung ist daher, dass die Arbeitskosten wohl weiter deutlich steigen und sich in zunehmendem Maße bei den Baupreisen bemerkbar machen. In diese Richtung weist, dass zuletzt eine wachsende Zahl von Befragten im ifo Konjunkturtest steigende Baupreise in den nächsten 3 Monaten erwartet. Von daher erwarten wir beschleunigt anziehende Baupreise.

a Der Anstieg der Genehmigungen für Wohnungsneubauten ab dem zweiten Halbjahr 2015 ist allerdings dadurch überzeichnet, dass ab Jahresanfang 2016 die Anforderungen der Energieeinsparverordnung verschärft wurden. So konnte mit einem vor Beginn 2016 gestellten Bauantrag eine kostengünstigere Bauweise gesichert werden.

Allerdings stiegen die Realeinkommen mit einer Rate von 2,1% weniger stark als noch im Vorjahr. Maßgeblich war der verlangsamte Zuwachs der verfügbaren Einkommen, während der Preisanstieg nur wenig stärker war als im Vorjahr. Zur Ausweitung der Einkommen haben 2016 allerdings auch die gestiegenen Kapitaleinkommen beigetragen, welche in den Jahren zuvor nur mit relativ geringen Raten zugenommen hatten.

Für den Prognosezeitraum gehen wir davon aus, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit ähnlichen Raten zunehmen werden wie zuletzt. Angesichts der aufwärtsgerichteten Beschäftigungsdynamik am Arbeitsmarkt dürften die Lohneinkommen weiterhin kräftig steigen. Dämpfend auf die Nettolöhne und -gehälter wirkt 2017 die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,2%-Punkte.

ii Vor dem Hintergrund der gegenüber 2016 deutlich erhöhten Inflation dürften die **privaten Konsumausgaben** merklich langsamer expandieren, weil sich die reale Kaufkraft der Konsumenten in geringerem Maße verbessert als 2016. Frühindikatoren wie der Konsumklimaindex der Europäischen Kommission deuten auf eine Abflachung des privaten Konsums hin. Die Bereitschaft in der Bevölkerung

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

zu größeren Anschaffung nahm im Februar spürbar ab. Ebenfalls gesunken sind die Einzelhandelsumsätze aus dem Januar. Alles in allem erwarten wir für 2017 eine Ausweitung der realen privaten Konsumausgaben um durchschnittlich 1,1%. 2018 dürfte der Konsum der privaten Haushalte etwas schwungvoller zulegen, da die Preise etwas langsamer steigen.

ii Die **privaten Wohnungsbauminvestitionen** dürften ungeachtet schwächerer Real-einkommenszuwächse recht kräftig zunehmen; hierauf deuten die stark gestiegenen Baugenehmigungen und die Auftragsbestände hin. Auch bleiben die Finanzierungskosten vorerst niedrig. Dämpfend wirken allem Anschein nach Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft, die sich in einem Anziehen der Baupreise niederschlagen. Wir erwarten, dass die Wohnungsbauminvestitionen insgesamt in diesem Jahr um 3,5% und im kommenden um 4,2% ausgeweitet werden.

Insgesamt gesehen bleiben die privaten Haushalte im Prognosezeitraum die wesentliche Stütze der Konjunktur, wobei sich das Gewicht etwas von den Konsumausgaben zu den Wohnungsbauminvestitionen verschiebt. Der Finanzierungssaldo des Sektors Private Haushalte bleibt dabei mit 8,5% in Relation zum verfügbaren Einkommen in etwa konstant (Tabelle „Hauptaggregate der Sektoren“ im Anhang).

3. Produktion und Arbeitsmarkt

3.1 Produktionsanstieg vom Dienstleistungssektor getragen

Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wurde 2016 noch mehr als im Vorjahr von den Dienstleistungssektoren getragen. Überdurchschnittlich war die Expansion vor allem im Bereich der Unternehmensdienstleister. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stagnierte hingegen mehr oder weniger. In der Bauwirtschaft war die Entwicklung unbestet.

Für die erste Jahreshälfte 2017 zeichnet sich eine verhaltene Zunahme der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ab (Tabelle 7). Die Industrieproduktion nahm im Januar zwar kräftig zu. Die Auftragseingänge, die zum Jahresende kräftig gestiegen waren, nahmen jedoch deutlich ab. Die Erzeugung von Rohstahl, ein wichtiges Vorprodukt von Branchen wie dem Maschinenbau und dem Fahrzeugbau, für die schon Daten für den Februar vorliegen, ist mehr oder weniger seitwärtsgerichtet. Für den Verlauf des Jahres rechnen wir aufgrund der sich belebenden Investitionstätigkeit mit einer etwas kräftigeren Produktionssteigerung im Verarbeitenden Gewerbe.

Für die Bauwirtschaft signalisieren die hohen Auftragsbestände eine weiterhin deutliche Zunahme der Wertschöpfung, die sich im Jahresverlauf wohl beschleunigen wird, da insbesondere im Tiefbau, der vor allem von der Aufstockung staatlicher Investitionen profitiert, in zunehmendem Umfang Projekte Baureife erlangen.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Tabelle 7

Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

2016 bis 2017; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2016				2017 ^P			
	1.Q	2.Q	3.Q ^P	4.Q ^P	1.Q	2.Q	3.Q	4.Q
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,5	0,1	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5
Darunter:								
Bruttowertschöpfung der Wirtschafts-								
bereiche	1,0	0,5	0,1	0,4	0,3	0,5	0,5	0,5
Darunter:								
Verarbeitendes Gewerbe	1,5	-0,3	0,6	0,0	0,7	0,6	0,7	0,7
Energie, Wasservers., Bergbau	-1,6	1,9	1,4	-0,9	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	3,0	-0,7	-0,6	1,4	-0,1	1,2	1,1	0,8
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,4	0,6	-0,5	1,3	-0,2	0,2	0,3	0,4
Information und Kommunikation	-0,2	2,2	0,3	0,7	0,6	0,7	0,8	0,8
Finanz- und Versicherungsdienstl.	3,8	-0,9	0,8	0,4	-0,4	0,6	0,8	0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,2	0,4	-0,2	0,3	-0,5	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	0,1	1,5	-0,3	0,3	0,8	0,6	0,7	0,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung,								
Gesundheit	0,8	0,4	0,3	0,1	0,5	0,3	0,3	0,3
Sonstige Dienstleister	-0,1	1,2	-0,1	0,4	-0,2	0,2	0,2	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und arbeitstäglich bereinigt. – ^PEigene Prognose.

Unter den Dienstleistungssektoren dürfte der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe von der aufgrund höherer Inflationsraten schwächeren Expansion der Kaufkraft betroffen werden. Die realen Einzelhandelsumsätze sind jedenfalls seit Oktober rückläufig. Der Finanz- und Versicherungssektor dürfte weiterhin unter den geringen Margen infolge der niedrigen Zinsen leiden. Unverändert kräftig werden voraussichtlich die Unternehmensdienstleister ihre Wertschöpfung ausweiten. Schwächer expandieren als zuletzt werden hingegen wohl die staatlichen Dienstleister, deren Wertschöpfung insbesondere um die Jahreswende 2015/16 einen Schub aufgrund der Flüchtlingsmigration verzeichnete. Jedoch dürften die von vielen Bundesländern geplanten Personalaufstockungen im Bereich Sicherheit und Bildung sowie die Ausweitung der Leistungen im Bereich der sozialen Pflegeversicherung für weiterhin deutliche Zuwächse in diesem Bereich sorgen.

Alles in allem erwarten wir, dass die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche insgesamt in diesem Jahr in ähnlichem Maße expandiert wie das BIP.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 4

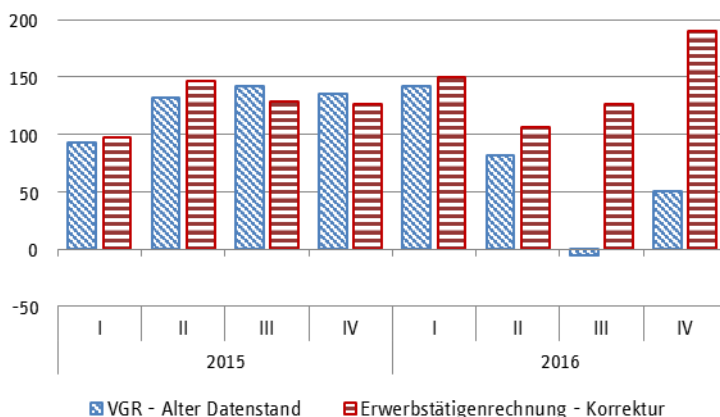
Zur Revision der Arbeitsmarktstatistiken

Zum 1. März 2017 hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Ergebnisse ihrer Beschäftigungsstatistik für das Jahr 2016 deutlich nach oben korrigiert. Ursache war ein bereits vor einiger Zeit aufgetretener Fehler in der Datenverarbeitung, der jetzt dazu führte, dass in wachsendem Umfang sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufgrund fehlender Meldungen aus dem Bestand gelöscht wurden, obwohl das Beschäftigungsverhältnis noch bestand (BA 2017a). Hatte sich nach dem bisherigen Datenstand der Beschäftigungsaufbau in der zweiten Jahreshälfte 2016 deutlich abgeschwächt, so zeigen die revidierten Daten eine Ausweitung in unvermindertem Tempo.

Die Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamts wurde inzwischen an die BA-Zahlen angepasst (Destatis 2017). Da dies nach Veröffentlichung der VGR für das vierte Quartal geschah, besteht gegenwärtig eine Diskrepanz zwischen den VGR und der Erwerbstätigenrechnung (Schaubild). So stieg nach aktuellem Datenstand die Erwerbstätigkeit im Inland im Durchschnitt des Jahres 2016 um 537 000 Personen bzw. 1,2% und damit um 119 000 Personen bzw. 0,3%-Punkte stärker als in den VGR.^a Bei den Arbeitnehmern im Inland beträgt die Abweichung 122 000 Personen (Tabelle).^b

Aufbauend auf der revidierten Beschäftigtenstatistik veröffentlichte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Anfang März neue Berechnungen zu Arbeitszeiten und -volumina. Danach nahm das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen um 0,3%-Punkte stärker zu als bisher in den VGR ausgewiesen. Ursache war die höhere Zahl von Arbeitnehmern, während die Arbeitszeiten sich nur unwesentlich änderten.

Erwerbstätigkeit im Inland nach altem und nach revidiertem Datenstand 2015 bis 2016; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in 1000, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamts.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Daten der Arbeitsmarktstatistik nach altem und nach neuem Rechenstand 2016, Jahresdurchschnitte

	Einheit	VGR Q4 2016	Datenstand März 2017	Unter- schied
Erwerbstätige Inland	1000	43475	43593	
Veränd. gegen Vorjahr	1000	418	537	119
Veränd. gegen Vorjahr	% bzw. %-Punkte	1,0	1,2	0,3
Arbeitnehmer Inland	1000	39166	39287,5	
Veränd. gegen Vorjahr	1000	445	566,5	122
Veränd. gegen Vorjahr	% bzw. %-Punkte	1,2	1,5	0,3
Arbeitsvolumen Erwerbstätige	Mill.	59280	59436	
Veränd. gegen Vorjahr	% bzw. %-Punkte	0,6	0,9	0,3
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Stunden	1363,6	1363,4	
Veränd. gegen Vorjahr	% bzw. %-Punkte	-0,3	-0,3	-0,0

Eigene Zusammenstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und des IAB. Differenzen durch Rundung.

Diese Korrekturen dürften Auswirkungen auf andere Größen der VGR haben, so auf die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor, die in vielen Bereichen auf Grundlage der Beschäftigtenstatistik geschätzt wird. Auch sind höhere Angaben zu den Bruttolöhnen und -gehältern wahrscheinlich, da die Löhne je Arbeitnehmer unabhängig von Arbeitnehmerzahlen und Arbeitszeiten erhoben werden. Ob allerdings das damit wohl auch erhöhte Nettolohneinkommen auf das verfügbare Einkommen durchschlägt, bleibt abzuwarten, da im Gegenzug die Entnahmen verringert werden könnten.

Erst im Mai 2017 wird das Statistische Bundesamt voraussichtlich die VGR an die veränderte Erwerbstätigenrechnung anpassen. Da unsere Prognosen auf den jeweils aktuellen VGR aufbauen, stellt sich die Frage, wie mit neuen Informationen zum Arbeitsmarkt umzugehen ist. Dabei besteht ein Konflikt, ob für den Prognosezeitraum die konjunkturelle Dynamik oder die zu erwartenden Niveaus zutreffend dargestellt werden.

Ersteres wäre gewährleistet, wenn man die neuen Daten nur so weit berücksichtigt, wie sie die Einschätzung der Dynamik der Beschäftigung ändern. Mithin würde der alte Datenstand mit aus den neuen Daten abgeleiteten Veränderungsdaten fortgeschrieben. Das Niveau der künftigen Beschäftigung würde so im Ausmaß der Datenrevision zu niedrig ausgewiesen. Aus der Beschäftigung abgeleitete Größen wie das Produktivitätswachstum oder die Zunahme der Löhne je Kopf wären allerdings interpretierbar.

Zweiteres wäre gewährleistet, wenn man im Prognosezeitraum die Beschäftigung an das inzwischen bekannte höhere Niveau anpasst. Dann ergäben sich allerdings unplausible Veränderungen bei der Beschäftigung und allen aus ihr abgeleiteten Größen.

Wir haben uns hier für die erste Variante entschieden. Entsprechend wird das Niveau der künftigen Beschäftigung wohl zu niedrig ausgewiesen, jedoch geben die ausgewiesenen Zuwächse die von uns erwartete konjunkturelle Dynamik wieder.

a Die Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ab August 2017 sind vorläufig.-

b In geringem Umfang wurden auch die Daten zur Selbständigkeit angepasst.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 8

Arbeitsmarktbilanz

2012 bis 2018; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2012	2013	2014	2015	2016	2017 ^P	2018 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.835	57.657	58.343	58.895	59.280	59.567	60.122
Erwerbstätige Inland	42.061	42.328	42.662	43.057	43.475	43.899	44.395
Erwerbstätige Inländer	42.006	42.271	42.602	42.979	43.393	43.817	44.313
Selbständige	4.560	4.458	4.402	4.336	4.309	4.298	4.288
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	77	27	33	32	29	25	24
Arbeitnehmer	37.501	37.870	38.260	38.721	39.166	39.601	40.107
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29.341	29.713	30.197	30.822	31.382	31.846	32.434
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.981	5.017	5.029	4.856	4.802	4.783	4.793
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3.928	3.901	3.803	3.631	3.578	3.666	3.721
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2.897	2.950	2.898	2.795	2.691	2.563	2.553
Aktivierung und berufliche Eingliederung	144	161	162	167	207	273	315
Berufliche Weiterbildung	148	155	161	166	168	180	192
„Ein-Euro-Jobs“	137	111	97	87	80	148	158
Gründungszuschuss	69	19	26	26	24	23	23
Kurzarbeiter	112	124	94	88	87	86	86
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter ²)	3.970	3.949	3.840	3.668	3.614	3.700	3.756
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	6,8	6,9	6,7	6,4	6,1	5,8	5,8
Erwerbslosenquote ⁴	5,0	4,9	4,7	4,3	3,9	3,6	3,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. Datenstand: 23.2.2017. - ¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegs-geld, Gründungszuschuss. - ²Vollzeitäquivalente. - ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

3.2. Weiterhin kräftiger Beschäftigungsaufbau

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich bis zum Jahresende 2016 weiter verbessert. Nach der revidierten Erwerbstätigenrechnung verzeichnete die Beschäftigung erneut einen kräftigen Zuwachs und die Arbeitslosigkeit wurde weiter abgebaut. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 1,2% bzw. 563 000 Personen.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Wesentlich hierfür war abermals der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, welche durchschnittlich um 667 000 Personen ausgeweitet wurde. Wie bereits in den Jahren zuvor waren die bedeutendsten Wirtschaftszweige für die Beschäftigungszuwächse Dienstleistungsbranchen, darunter Heime und Sozialwesen, die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen sowie das Gastgewerbe. Aufgrund des starken Anstiegs der Erwerbstätigkeit nahm auch das Arbeitsvolumen mit 0,9% deutlich zu, obwohl die Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 0,3% sank. Hier spielte eine Rolle, dass in hohem Maße Teilzeitbeschäftigung aufgebaut wurde.⁷

Das inländische Erwerbspersonenpotenzial ist im vergangenen Jahr merklich gestiegen. Zwar mindert die Alterung der Bevölkerung für sich genommen das Arbeitskräfteangebot. Die Erwerbsbeteiligung ist jedoch erneut gestiegen, insbesondere die der Älteren. In hohem Maße wurde die Ausweitung des Erwerbspersonenpotenzials indes von der Zuwanderung bestimmt, die wiederum wesentlich durch die Flüchtlingsmigration beeinflusst wurde.

Die Arbeitslosigkeit nahm auch im Jahr 2016 deutlich ab. So lag die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich um 104 000 unter ihrem Vorjahreswert (Schaubild 6). In saisonbereinigter Betrachtung erreichte sie Ende des Jahres den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Maßgeblich hierfür war der anhaltend rückläufige Trend der Arbeitslosigkeit unter der inländischen Bevölkerung. Dabei nahm auch die Langzeitarbeitslosigkeit merklich ab – jahresdurchschnittlich sank sie erstmals seit Vorliegen entsprechender Daten unter eine Million. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus den nichteuropäischen Flüchtlingsländern lag zwar zur Jahresmitte um etwa 90 000 über dem Vorjahreswert, jedoch blieb sie danach relativ konstant. Dies dürfte daran liegen, dass Flüchtlinge noch in hohem Maße an Integrationskursen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen. Ablesen lässt sich dies daran, dass die gesamte Unterbeschäftigung, welche die Teilnehmer an solchen Maßnahmen mitberücksichtigt, im Verlauf von 2016 merklich gestiegen ist.⁸

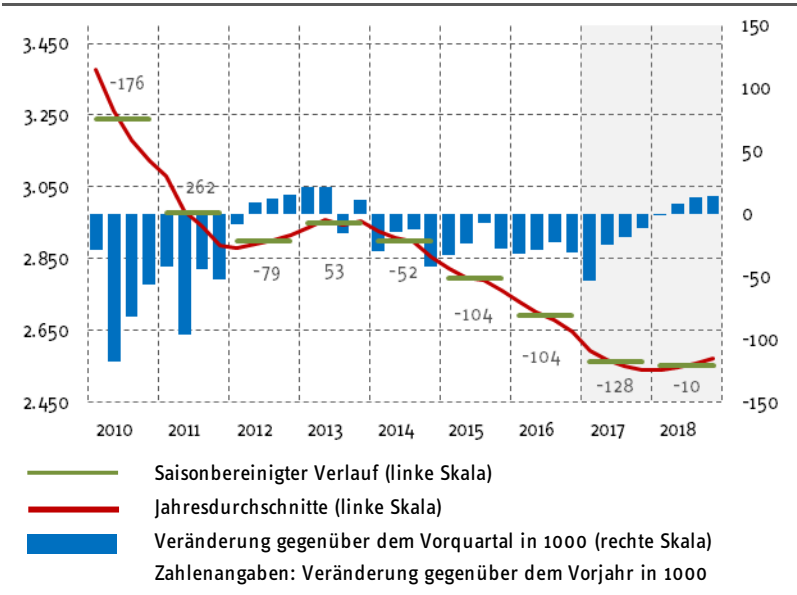
Für die kommenden Monate lassen Frühindikatoren wie das IAB-Arbeitsmarktbarometer sowie der weiterhin hohe Zugang an gemeldeten Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit einen unvermindert kräftigen Beschäftigungsaufbau erwarten. Entsprechend dürfte die Zahl der Erwerbstätigen mit ähnlichen Raten wie zuletzt zunehmen, nämlich um 1,0% in diesem Jahr, und um 1,1% im kommenden Jahr.

⁷ Die Angaben zu Beschäftigung, Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen für das Jahr 2016 wurden im März 2017 deutlich nach oben korrigiert. Die in diesem Absatz genannten Zahlen beziehen sich auf diese berichtigten Werte (siehe Kasten 4).

⁸ Rechnet man die Personen aus den zugangsstärksten Asylherkunftsländern heraus, so wäre der durchschnittliche Rückgang der Unterbeschäftigung um 168 000 höher ausgefallen (BA 2017b).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 6
Arbeitslose
 2010 bis 2018; saisonbereinigter Verlauf in 1000 Personen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

Die Arbeitslosigkeit ist im Verlauf der ersten beiden Monate dieses Jahres weiter um (saisonbereinigt) 40 000 gesunken. Die weiterhin hohe Arbeitskräftenachfrage lässt eine im Prognosezeitraum rückläufige Grundtendenz bei den Arbeitslosen erwarten. Überlagert wird diese aber von den Folgen der Flüchtlingsmigration. Die Beschäftigungsquote von den in Deutschland lebenden Personen aus den Flüchtlingsherkunftsländern betrug am Jahresende 2016 lediglich 16,0%, während die Arbeitslosenquote bei 50% lag. In dem Maße, in dem Männer und Frauen aus diesem Personenkreis Integrationskurse oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen abgeschlossen haben und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, dürfte für sich genommen die Arbeitslosigkeit dieses Personenkreises steigen und das konjunkturell angelegte Sinken der Arbeitslosigkeit dämpfen. Per saldo erwarten wir einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 128 000 in diesem Jahr und ein Minus von 10 000 im kommenden Jahr (Schaubild 6).

4. Löhne und Preise

4.1. Leicht zunehmender Lohnanstieg

Der Anstieg der Tariflöhne war im Jahr 2016 trotz steigender Knappheiten am Arbeitsmarkt moderat, und es zeigte sich auch keine Beschleunigung im Jahresverlauf. So nahmen die tariflichen Stundenlöhne im vierten Quartal um 2,1% gegenüber dem Vorjahr zu, also mit der gleichen Rate wie im Jahresdurchschnitt. Neben den relativ moderaten Abschlüssen der letztjährigen Tarifrunde wurden in einigen Branchen Nullmonate vereinbart. Zudem waren in einigen Tarifbereichen in früheren Runden für 2016 recht niedrige Stufenerhöhungen beschlossen worden. Die effektiven Löhne je Arbeitnehmerstunde nahmen um 2,8% und damit deutlich stärker zu; die Lohndrift war also positiv.⁹

Der bislang gewichtigste Tarifabschluss in diesem Jahr kam im Öffentlichen Dienst der Länder zustande. Dort werden die Tariflöhne in diesem Jahr um 2% (mindestens 75€) und im kommenden Jahr um 2,35% erhöht. Im weiteren Verlauf der Tarifrunde finden Verhandlungen in einer Reihe von gesamtwirtschaftlich weniger bedeutenden Tarifbereichen wie der Eisen- und Stahlindustrie, dem Groß- und Außenhandel sowie dem Versicherungsgewerbe statt. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten bedeutsamer ist der Einzelhandel, in dem es den Gewerkschaften in der Vergangenheit aber oft schwer fiel, hohe Abschlüsse durchzusetzen. In anderen großen Branchen wie der Metall- und Elektroindustrie, dem Öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden, dem Bauhauptgewerbe und der Chemischen Industrie wurden allerdings bereits im vergangenen Jahr Lohnsteigerungen für 2017 vereinbart; mehrere Tarifverträge reichen bis in das Jahr 2018. Alles in allem dürften die Tariflöhne in diesem Jahr um durchschnittlich 2,3% zunehmen. Im weiteren Prognosezeitraum dürften die Löhne etwas kräftiger steigen, weil die beständige gesamtwirtschaftliche Expansion und ein zunehmender Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten die Durchsetzung von Tarifforderungen der Arbeitnehmer erleichtern sollten. Dementsprechend erwarten wir für 2018 einen Zuwachs der Tariflöhne um 2,5%.

Die Effektivlöhne dürften im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Dynamik etwas kräftiger steigen als die Tariflöhne. Zum 1. Januar 2017 wurde zudem der allgemeine, flächendeckende Mindestlohn von 8,50 € auf 8,84 € je Stunde erhöht, was für sich genommen positiv auf die Lohndrift wirkt. Ebenfalls schlägt sich die gegenüber 2016 deutlich geringere Anzahl an Arbeitstagen in einer höheren Stundenlohndrift nieder.

⁹ Infolge von Korrekturen der Arbeitsmarktstatistik und der Erwerbstätigenrechnung könnten in der nächsten Veröffentlichung der VGR die Effektivlöhne ebenfalls revidiert werden (siehe Kasten 4).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 9

Löhne und Lohnkosten

2014 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015	2016	2017 ^P	2018 ^P
Je Arbeitnehmer					
Tariflöhne	2,7	2,3	2,1	2,3	2,5
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,8	2,7	2,4	2,5	2,7
Lohndrift	0,1	0,4	0,3	0,2	0,2
Je Stunde					
Tariflöhne	2,9	2,3	2,1	2,3	2,5
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,1	2,5	2,8	3,0	3,0
Lohndrift	-0,8	0,3	0,6	0,7	0,4
Arbeitskosten (nominal)	2,1	2,3	2,6	3,0	2,8
Arbeitskosten (real)	0,3	0,3	1,2	1,7	1,2
Lohnstückkosten (nominal)	2,0	1,6	1,4	2,2	1,9
Lohnstückkosten (real)	0,2	-0,3	0,0	0,8	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank. - ¹Im Inland. - ^PEigene Prognose.

Aber auch die in diesem Fall aussagekräftigere Lohndrift je Arbeitnehmer dürfte steigen. Alles in allem erwarten wir eine Zunahme der Effektivlöhne je Arbeitnehmerstunde um jeweils 3% in diesem Jahr und im kommenden Jahr.

Vor diesem Hintergrund dürften die Arbeitskosten in diesem Jahr deutlich anziehen. Da die Produktivität in geringerem Maße zunimmt, werden die realen Lohnstückkosten auf Stundenbasis voraussichtlich um 0,8% steigen. Im kommenden Jahr dürften sie sich langsamer erhöhen, da die Produktivität bei zunehmender Kapazitätsauslastung etwas stärker zulegt und die Lohnkosten verlangsamt steigen.

4.2 Erhöhter Preisauftrieb

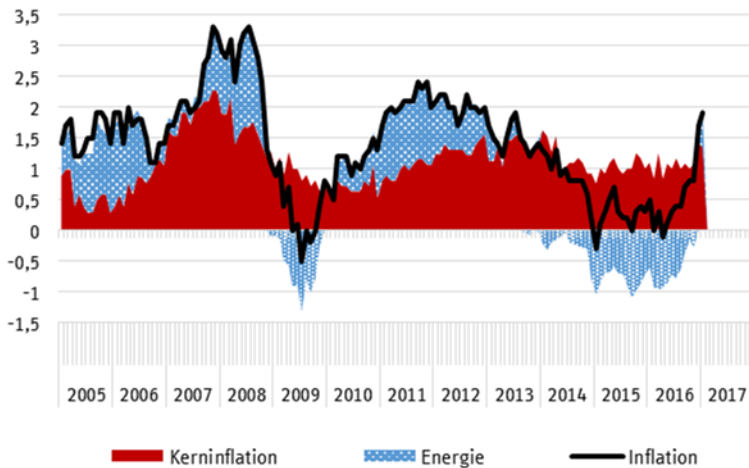
In den vergangenen Monaten beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise deutlich. Betrug die Inflationsrate im August des vergangenen Jahres noch 0,4%, lag sie im Februar 2017 bei 2,2%. Maßgeblich hierfür waren in erster Linie gestiegene Energiepreise. Lagen diese im August noch etwa 6% unter dem Vorjahreswert, so übertrafen sie diesen im Februar um 7,2%. Sie trugen damit 0,7%-Punkte zur Inflationsrate bei (Schaubild 7).

Schaubild 7

4. Löhne und Preise

Kerninflation und Energieverteuerung

2005 bis 2017; Beiträge zur Inflationsrate in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die Kerninflation, definiert als der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Preise für Energie, beschleunigte sich bei hoher Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten von 1,1% im August 2016 auf 1,7% im Februar 2017. Hierzu trugen allerdings deutliche Steigerungen bei Nahrungsmittelpreisen bei. Neben einer schlechten Ernte dürfte darin auch Folgen der Energieverteuerung sichtbar werden.¹⁰ Hinzu kommen produktspezifische Entwicklungen. So dürften die deutlich gestiegenen Preise für Speisefette und Speiseöle (13,2% im Februar) zum einen mit der starken weltweiten Nachfrage nach Milchprodukten zusammenhängen, zum anderen mit einer im Vergleich zu den vergangenen Jahren geringeren Aussaat von Ölpflanzen (Europäische Kommission 2016).

Daneben verteuerten sich insbesondere die Mietpreise, nach 1,2% im August 2016 lagen diese zuletzt um 1,6% über dem Vorjahreswert.¹¹ Dabei stiegen vor allem die Wohnungsmieten, etwa für Neubauwohnungen bis 70m² um 1,8%. Der Preisauftrieb der übrigen Dienstleistungen war hingegen mit 1,1% moderat.

¹⁰ Krättschell und Schmidt (2012) zeigen, dass die Weltmarktpreise für Nahrungsmittelpreise stark mit den Rohölpreisen korreliert sind

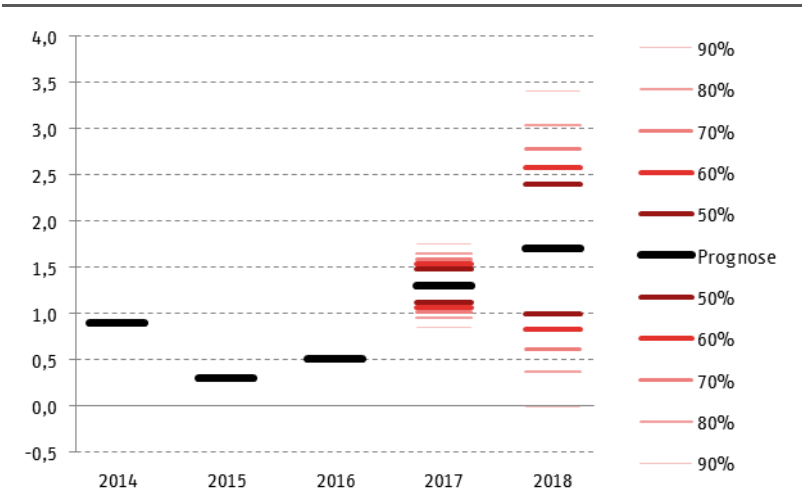
¹¹ Inwieweit diese Beschleunigung einen tatsächlichen Anstieg der Mietpreise oder die vom Statistischen Bundesamt derzeit durchgeführte schrittweise Umstellung der Mietstichprobe (Goldhammer, 2016) widerspiegelt, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Für den Prognosezeitraum erwarten wir eine leichte Abschwächung des Preisauftriebs. Ursächlich hierfür sind allerdings exogene Faktoren. Die erntebedingte Verteuerung von Nahrungsmitteln dürfte an Einfluss verlieren und für den Rohölpreis, der am aktuellen Rand wieder gesunken ist, unterstellen wir für den Prognosezeitraum reale Konstanz. Dies impliziert einen rückläufigen Beitrag der Energiepreise zur Inflation.

Bezüglich des endogenen Preisauftriebs erwarten wir eine leichte Beschleunigung. Die im Prognosezeitraum leicht steigende Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürfte die Überwälzungsspielräume gestiegener Arbeitskosten für Unternehmen erleichtern. Insgesamt erwarten wir einen Preisanstieg von 1,8% im Jahr 2017 und von 1,7% im Jahr 2018. Die Kerninflation dürfte sich dabei von 1,6% in diesem auf 1,7% im kommenden Jahr erhöhen (Schaubild 8).

Schaubild 8
Prognoseintervalle für den Anstieg der Verbraucherpreise
 2014 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Das Prognoseintervall für die Inflationsrate wird analog zum Intervall für die BIP-Prognose (Schaubild 5) aus den Fehlern der Inflationsprognose im Zeitraum 1991 bis 2016 abgeleitet.

5. Budgetüberschüsse des Staates werden geringer

Die öffentlichen Haushalte erzielten im Jahr 2016 zum dritten Mal in Folge einen Überschuss. Dieser erhöhte sich von 21 Mrd. € auf knapp 24 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP von 0,7% auf 0,8%. Maßgeblich hierfür waren zum einen die infolge der guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage kräftig sprudelnden Steuer- und Beitragseinnahmen. Zum anderen führte das historisch niedrige Zinsniveau zu weiteren Ersparnissen beim staatlichen Schuldendienst. So ist die durchschnittliche Verzinsung der Staatsverschuldung seit 2007 von 4,2% auf 2% gesunken; rechnerisch resultierten hieraus im vergangenen Jahr Zinseinsparungen von 47 Mrd. €.¹²

Der Anstieg der Staatseinnahmen dürfte sich allerdings in diesem Jahr auf 2,7% abflachen, nach 4,2% im Jahr 2016.

- fi** Das Steueraufkommen dürfte mit 2,5% verlangsamt zunehmen, da die Unternehmensgewinne wohl kaum zunehmen und steuerliche Entlastungen von insgesamt 4 Mrd. € in Kraft treten (Tabelle 10). So wurden der steuerliche Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag und die übrigen Eckwerte des Einkommensteuertarifs angehoben sowie die Möglichkeiten zur steuerlichen Verlustverrechnung von Körperschaften erweitert; zudem wird die Kernbrennstoffsteuer nicht weiter erhoben.
- fi** Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden trotz der etwas schwächer expandierenden Lohnsumme mit 4,1% abermals kräftig zunehmen, weil der Beitragssatz der sozialen Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 um 0,2%-Punkte angehoben wurde, um die Mehrausgaben im Rahmen der zweiten und dritten Stufe der Pflegereform zu finanzieren.
- fi** Die sonstigen Einnahmen des Staates werden dagegen in diesem Jahr voraussichtlich um 1,5% sinken. Zwar werden die staatlichen Verkäufe erneut, wenn auch abgeschwächt zulegen, weil das mautpflichtige Streckennetz und der Kreis der mautpflichtigen Fahrzeuge ausgeweitet wurden. Auch dürften Kommunen mit angespannter Haushaltslage ihre Gebühren anheben. Allerdings ist ein deutlicher Rückgang des in den VGR als empfangene Vermögenstransfers gebuchten Erbschaftsteueraufkommens zu erwarten, da im vergangenen Jahr in erheblichem Umfang Schenkungen mit Blick auf die anstehende Erbschaftsteuerreform

¹² Während sich die Zinsausgaben des Staates im Jahr 2007 auf 67 Mrd. € beliefen, mussten im vergangenen Jahr trotz einer um rund 545 Mrd. € höheren Staatsverschuldung lediglich 43 Mrd. € für den Schuldendienst aufgebracht werden. Zu den hohen Zinseinsparnissen des Staates bei der Refinanzierung auslaufender Kredite vgl. Döhrn et al. 2016: 95–98.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

vorgezogen worden waren, um möglichen Mehrbelastungen zu entgehen. Zudem fällt die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bund mit 0,4 Mrd. € deutlich geringer aus als in den Vorjahren.¹³

Im Jahr 2018 werden die Staatseinnahmen voraussichtlich um 3,4% zunehmen. Das Steueraufkommen wird weiterhin verhalten zulegen, da die Steuerentlastungen, die aus der Anpassung der Freibeträge und der Anpassung des Einkommensteuertarifs sowie dem Alterseinkünftegesetz resultieren, stärker zu Buche schlagen als die aus dem Wegfall der Berücksichtigungsfähigkeit von Altkapitalerstattungen bei der Körperschaftsteuer beruhenden Mehreinnahmen. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden mit 4,2% weiterhin kräftig expandieren, zumal viele Krankenkassen ihre Zusatzbeitragssätze anheben werden; wir gehen von einem durchschnittlichen Anstieg um 0,1%-Punkte aus. Die sonstigen Einnahmen des Staates werden voraussichtlich um 1,8% zulegen.

Die Ausgaben des Staates hatten im Jahr 2016 aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der aus der hohen Flüchtlingsmigration resultierenden Mehrausgaben kräftig um 4% zugenommen. Sie dürften in diesem Jahr mit 3,2% verlangsamt expandieren. Dies hat allerdings zum Teil buchungstechnische Gründe: Die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen im Sommer 2015 werden in den VGR als Veräußerung von nichtproduzierten Vermögensgütern behandelt und schlagen deshalb ausgabenmindernd zu Buche. Sie werden zum überwiegenden Teil in diesem Jahr gebucht.¹⁴ Bereinigt um diesen Sondereffekt beläuft sich der Anstieg der Ausgaben auf 3,5%. Zudem werden die Vermögenstransfers trotz der aufgestockten Mittel für den sozialen Wohnungsbau geringer ausfallen als im vergangenen Jahr, in dem die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein zur Stützung der HSH Nordbank weitere 2,6 Mrd. € zur Verfügung stellten (Hellwig 2017). Die Zinsausgaben des Staates werden nochmals spürbar abnehmen, da zum einen auslaufende Kredite weiterhin durch niedriger verzinsten ersetzt werden. Zum anderen verringert sich wegen der Budgetüberschüsse der Gebietskörperschaften und der weiteren Abwicklung der Bad-Bank-Portfolios der gesamtstaatliche Schuldenstand. Die staatlichen Vorleistungskäufe, die im vergangenen Jahr aufgrund der Aufwendungen für die Unterbringung und die Versorgung von Flüchtlingen sehr stark ausgeweitet wurden, werden mit dem nachlassenden Zuzug von Flüchtlingen und dem abnehmenden Anteil von Flüchtlingen die Sachleistungen erhalten, verlangsamt steigen.

¹³ Die geringere Abführung resultiert aus einer erhöhten Vorsorge für Zinsänderungsrisiken; so wurden die Wagnisrückstellungen um 1,8 Mrd. € auf 15,4 Mrd. € aufgestockt.

¹⁴ Die Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen in Höhe von 5,1 Mrd. € werden in den VGR periodengerecht erst zu Beginn der effektiven Nutzbarkeit der einzelnen Funkfrequenzen als Veräußerung von nichtproduzierten Vermögensgütern gebucht; sie mindern die Ausgaben in diesem Jahr um 3,8 Mrd. € und im kommenden Jahr um 0,5 Mrd. €.

5. Öffentliche Finanzen

Tabelle 10

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und Haushaltsentlastungen (+) gegenüber 2016 in Mrd. €

	2017	2018
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Anhebung von Kindergeld, Grund- und Kinderfreibetrag, Rückgabe der kalten Progression	-1,9	-5,5
Altkapitalerstattungen 2008/2009 ³		2,3
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer	-0,4	-0,4
Erweiterte steuerliche Verlustverrechnung bei Körperschaften	-0,4	-0,7
sonstige steuerliche Maßnahmen ⁴	-1,3	-2,8
Einnahmen der Sozialversicherung		
Beitragssatzabhebung zur Pflegeversicherung in 2017 um 0,2 %-Punkte	2,5	2,6
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um 0,2 %-Punkte in 2016 und um 0,1 %-Punkt in 2018	0,1	1,2
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte in 2017	-0,2	-0,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
zusätzliche investive Ausgaben ⁵	-2,2	-4,1
Programm für Bildung und Erziehung	-0,4	-0,6
Investitionsprogramm Mikroelektronik	-0,1	-0,3
Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund ⁶	-0,5	-0,5
Förderung des Breitbandausbaus	-0,3	-0,3
Aufstockung von Sozialleistungen ⁷	-1,1	-0,6
Kaufprämie für Elektroautos und Aufbau von Strom-Ladestellen	-0,2	-0,3
Ausgaben der Sozialversicherung		
Ost-West-Angleichung des Rentenniveaus		-0,6
Zweites Pflegestärkungsgesetz	-4,1	-3,2
Drittes Pflegestärkungsgesetz	-0,9	-0,9
Krankenhausstrukturgesetz	-0,6	-0,6
Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention	-0,1	-0,1
Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz		1,5
Insgesamt	-12,1	-14,2
In Relation zum nominalen BIP	-0,4	-0,4

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF und BMAS. - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen. - ²Wirkungen der Steuerrechtänderungen auf Kassenjahr bezogen. - ³Nach Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand zehn Jahre die Möglichkeit, bei Ausschüttung von Altkapital Steuerrückerstattungen geltend zu machen. - ⁴Alterseinkünftegesetz, Reform der Investmentbesteuerung, Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr. - ⁵Zehn-Mrd. Euro-Investitionspaket, Mittel für Kita-Ausbau, Kommunalinvestitionsförderungsfonds, Mehrausgaben für innere u. äußere Sicherheit. - ⁶Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, Bundesmittel für den Bereich „soziale Stadt“. - ⁷BAföG-Leistungen und Hartz-IV-Leistungen, Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes der ALV, Integrationsgesetz, Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Die Arbeitnehmerentgelte dürften spürbar zulegen, da der Personalbestand bei der Polizei, beim Militär und im Bildungswesen weiter aufgestockt wird. Die sozialen Sachausgaben werden verstärkt expandieren, da die Leistungen für Pflegebedürftige im Rahmen des zweiten und des dritten Pflegestärkungsgesetzes merklich ausgeweitet werden und Reformmaßnahmen bei der Krankenversorgung höhere Ausgaben im Krankenhausbereich nach sich ziehen. Auch die monetären Sozialleistungen nehmen merklich zu. Zum einen wirken die zur Mitte des Jahres 2016 sehr kräftig angehobenen Renten im ersten Halbjahr 2017 ausgabesteigernd, zum anderen wechselt mit der Abarbeitung von Asylanträgen eine wachsende Zahl anerkannter Asylbewerber in die Grundsicherung, da viele von ihnen keine existenzsichernde Beschäftigung finden. Um ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern, werden die Mittel für Sprach- und Integrationskurse sowie die Aufwendungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik kräftig aufgestockt. Zudem werden weitere Sozialleistungen erhöht, wie das Kindergeld, das Arbeitslosengeld II und die BAföG-Leistungen. Ausgabenmindernd wirkt hingegen, dass mit der steigenden Beschäftigung die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld I zurückgeht. Die sonstigen laufenden Übertragungen werden beschleunigt expandieren, da höhere Ausgaben zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern und -regionen der Flüchtlinge vorgesehen sind und da auch die Abführungen an die Europäische Union deutlich aufgestockt werden.

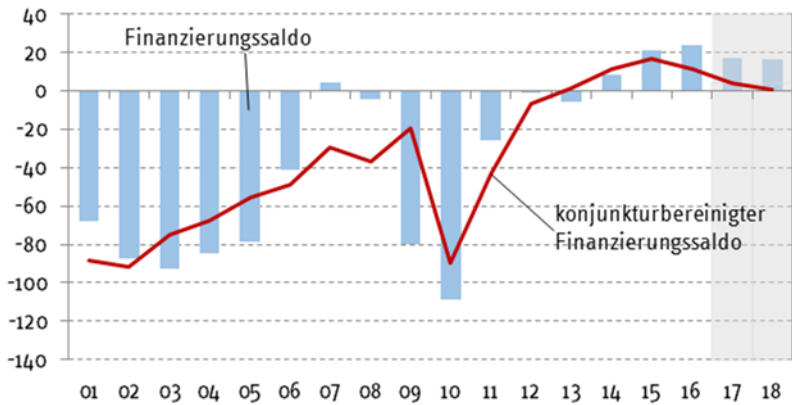
Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden kräftig zulegen, da die Verteidigungsausgaben ausgeweitet werden, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Breitbandnetze in ländlichen Gebieten bereitgestellt werden und der Bund die budgetären Spielräume von Ländern und Kommunen für Investitionen erweitert.¹⁵ Unter anderem hat er das Volumen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds auf 7 Mrd. € verdoppelt, um Investitionen in die Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen zu fördern. Bisher war der Mittelabfluss gering, vor allem wohl aufgrund fehlender Planungskapazitäten. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs dürften die Mittel aber im Prognosezeitraum verstärkt abfließen, zumal die Kommunen besser in der Lage sein dürften, einen eigenen Finanzierungsbeitrag zu erbringen, da der Bund sie in diesem Jahr um 1,5 Mrd. € entlastet (1 Mrd. € über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und 500 Mill. € über die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung).

Im kommenden Jahr dürften die Ausgaben des Staates mit 3,5% zulegen. Zwar entfällt der ausgabenmindernde Effekt der Einnahmen aus den Funklizenzauktionen weitgehend, doch werden die monetären Sozialleistungen verlangsamt zunehmen, weil für 2017 und 2018 deutlich geringere Rentenanpassungen zu erwarten sind als

15 Zur Investitionsstrategie der Bundesregierung vgl. Kasten 1 in BMWI (2017).

5. Öffentliche Finanzen

Schaubild 9
Staatlicher Finanzierungssaldo
2001 bis 2018; in Mrd. €



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab 2017: Eigene Prognose.

im Vorjahr, in dem die Rentenerhöhung durch Nachholeffekte überzeichnet war. Dagegen führt die Ost-West-Angleichung des Rentenniveaus zu Mehrausgaben, die 2018 mit voraussichtlich 0,6 Mrd. € noch gering sein werden, mittelfristig aber weiter steigen.¹⁶ Die sozialen Sachleistungen werden nach dem reformbedingten Schub im laufenden Jahr mit weniger Schwung expandieren, zumal durch das Arzneimittelversorgungsstärkungsgesetz die Ausgaben für Arzneimittel begrenzt werden. Die Zinsausgaben werden verlangsamt abnehmen. Zwar profitieren die öffentlichen Haushalte auch im kommenden Jahr vom geringen Zinsniveau, doch stehen zunehmend ohnehin niedrig verzinsten Anleihen zur Refinanzierung an. Die öffentlichen Investitionen werden auch im Jahr 2018 angesichts der zusätzlichen investiven Mittel und der weiterhin guten Finanzlage merklich zulegen.

Der Budgetüberschuss des Staates dürfte sich in diesem Jahr auf 17 Mrd. € und im kommenden Jahr auf reichlich 16 Mrd. € beziehungsweise in Relation zum BIP auf jeweils 0,4% belaufen. Ein Teil der Überschüsse ist freilich den Erlösen aus einer

¹⁶ Der Rentenwert Ost wird an den im Westen geltenden Rentenwert in sieben Schritten angeglichen. Der erste Angleichungsschritt erfolgt zum 1. Juli 2018; dabei wird der Rentenwert Ost von derzeit 94,1 % auf 95,8 % des Westwerts angehoben. Die weiteren Angleichungsschritte um jeweils 0,7%-Punkte folgen in den Jahren 2019 bis 2024 jeweils zum 1. Juli. Im Gegenzug wird die höhere Bewertung der Löhne für die Rentenberechnung im Osten ebenfalls in sieben Schritten gesenkt. Die Kosten der Rentenangleichung steigen mit den Angleichungsschritten von 0,6 Mrd. € im Jahr 2018 auf voraussichtlich 3,9 Mrd. € im Jahr 2025 (Die Bundesregierung 2017).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Versteigerung von Funklizenzen zu verdanken; ohne diese Einmaleffekte würde der Überschuss in diesem Jahr um 3,8 Mrd. € und im kommenden Jahr um 0,5 Mrd. € geringer ausfallen. Strukturell, also um konjunkturelle Einflüsse bereinigt, wird der Staat kaum noch Überschüsse erzielen (Schaubild 9).

Die Budgetüberschüsse und der weitere Abbau der Portfolios der staatlichen Entwicklungsanstalten tragen mit dem Zuwachs des nominalen BIP zum weiteren Rückgang der gesamtstaatlichen Schuldenquote bei. Sie dürfte in diesem und dem kommenden Jahr um 5%Punkte auf reichlich 63% sinken und damit noch 3%-Punkte über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages liegen.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach wie vor in guter Verfassung. Die gesamtwirtschaftliche Expansion ist robust, die Beschäftigung steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, der Staatshaushalt wies 2016 das dritte Jahr in Folge einen Überschuss auf, die Produktionskapazitäten sind in etwa normal ausgelastet, und es gibt bisher kaum Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung. Hierauf weist auch hin, dass der Lohnanstieg – ungeachtet von der Arbeitskräfteknappheit in einigen Segmenten des Arbeitsmarktes – nur moderat ist.

Gleichwohl befindet sich Deutschland nicht in der „Besten aller Welten“. So wird die deutsche Konjunktur in erheblichem Maße von der expansiven Geldpolitik der EZB stimuliert. Insbesondere im Prognosezeitraum könnten sich hieraus Probleme für Deutschland ergeben, wenn eine weiter steigende Kapazitätsauslastung hierzulande eine geldpolitische Straffung nahelegen würde, die EZB aber aufgrund ihrer Orientierung am Euro-Raum die Zinsen auf dem jetzigen Niveau belässt.

Die gute Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland resultiert zum Teil daraus, dass die Abgabenbelastung in den vergangenen Jahren stets gestiegen ist. So überschritt die Abgabenquote im vergangenen Jahr erstmals seit 2000 die 40%-Marke, die Steuerquote erreichte mit 23,3% sogar den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Zwar wurden der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag und die Eckwerte des Einkommensteuertarifs mehrfach erhöht, gleichwohl ist die gesamtwirtschaftliche Steuerbelastung gestiegen, wobei nicht einmal die Belastung durch steuerähnliche Abgaben wie die EEG-Umlage berücksichtigt ist.¹⁷ Dies signalisiert finanzpolitischen Handlungsbedarf.

17 Das Aufkommen aus der EEG-Umlage zur Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien erreichte im Jahr 2015 24,2 Mrd. €; hinzu kommen Einnahmen aus kleineren Abgaben, wie die Konzessionsabgabe, die KWKG-Umlage, die Offshore-Haftungsumlage, die § 19-Umlage sowie der Umlage für abschaltbare Lasten (DSi 2016: 70-76).

6. Zur Wirtschaftspolitik

Ein dritter Bereich, der einen Schatten auf die gute Wirtschaftslage wirft, sind die hohen Leistungsbilanzüberschüsse, die zum einen im Ausland Kräfte stärken, die sich für handelsbeschränkende Maßnahmen aussprechen, die zum anderen aber auch auf binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte hinweisen.

Ist die Geldpolitik der EZB noch angemessen?

Geldpolitisches Ziel der EZB ist die Stabilisierung der Inflation im Euro-Raum, die gemessen am HVPI in der mittleren Frist knapp unter, aber nahe bei 2% liegen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgt die EZB eine 2-Säulen-Strategie. Im Rahmen dieser Strategie werden zum einen monetäre und zum anderen realwirtschaftliche Entwicklungen analysiert.

Die monetären Indikatoren zeigen eine leichte Verbesserung der Rahmenbedingungen in den vergangenen Monaten an. So beschleunigten sich die Geldmengenaggregate weiter. Insbesondere das enge Geldmengenaggregat M1 legte im Januar mit 10,1% deutlich zu (annualisierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt). Etwas moderater war der Anstieg der breiter gefassten Geldmengenaggregate M2 und M3, welche um 5,9% bzw. 6,3% stiegen. Zwar hat sich auch die Kreditvergabe leicht beschleunigt, deren Dynamik bleibt jedoch deutlich hinter der des Geldmengenwachstums zurück (vgl. Die Konjunktur im Ausland, S. 24).

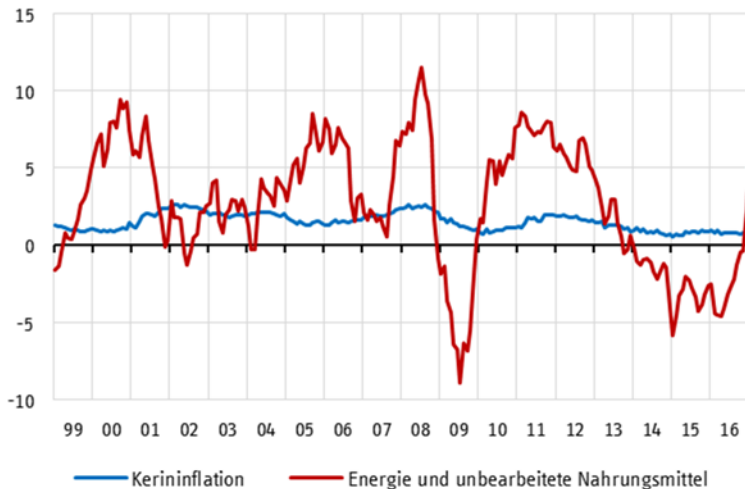
Die realwirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum hat sich in den vergangenen Monaten weiter aufgehellt (vgl. Die Konjunktur im Ausland, S. 21); bereits seit Ende 2015 liegt das Wachstum – gemessen an der annualisierten Vorquartalsrate – stets oberhalb der Potenzialrate.¹⁸ Damit in Einklang steht die aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt. So ist die Arbeitslosenquote bereits seit 2013 in der Tendenz rückläufig, im August 2016 sank die Rate erstmals wieder unter 10%. Auch der Preisauftrieb hat zuletzt deutlich zugenommen. Im Februar lag die Inflation im Euro-Raum bei 2,0%.

Die steigende Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten in Kombination mit einem Anziehen der Teuerung wirft die Frage auf, inwieweit die sehr expansiv ausgerichtete Geldpolitik der EZB, gekennzeichnet durch einen Hauptrefinanzierungssatz von 0%, einen negativen Satz auf Übernachteinlagen sowie durch verschiedene (Ankauf-)Programme zur Liquiditätsbereitstellung, in der aktuellen konjunkturellen Situation noch angemessen ist. Dies gilt umso mehr, als die EZB jüngst wieder die Möglichkeit zur Verlängerung der Ankaufprogramme über das Ende dieses Jahres hinaus betont hat. Auch hat sie verlauten lassen, dass sie selbst für längere Zeit unveränderte Leitzinsen bzw. gar eine weitere Senkung des Leitzinsniveaus erwartet.

¹⁸ Als Referenz für die Potenzialrate dient hier die Schätzung der Europäischen Kommission in der Winterprognose 2017 (EU 2017)-

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 10
Inflation im Euro-Raum
1999 bis 2016; in %



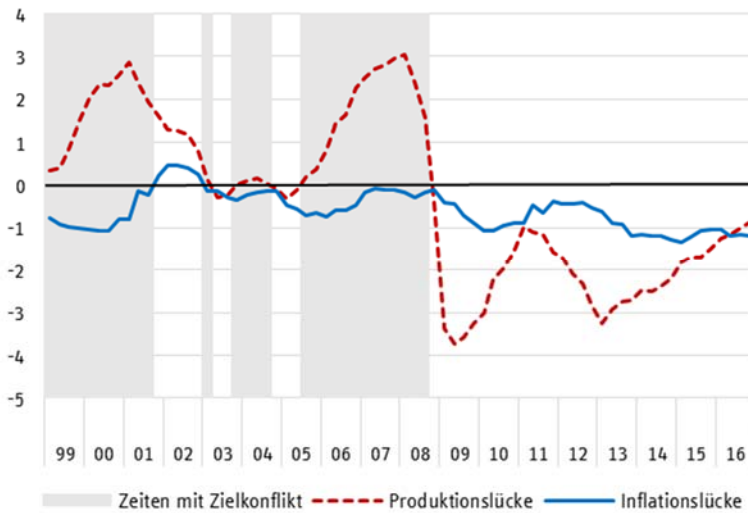
Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat.

Bei der Beurteilung der Geldpolitik muss die Tiefe der vergangenen Rezession berücksichtigt werden. Vor deren Hintergrund reflektiert ein steigender Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten nicht notwendigerweise den Aufbau eines nicht nachhaltigen Aufschwungs, sondern eher eine Annäherung an die Normalauslastung.

Zudem lag die Inflation im Euro-Raum im Februar zwar bei 2,0%. Allerdings ist diese Zunahme der Teuerung maßgeblich auf exogene Faktoren, namentlich den Anstieg der Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie, zurückzuführen. Die Kerninflation stieg hingegen seit August 2016 nur leicht um 0,1%-Punkte auf 0,9% im Februar 2017 (Schaubild 10). In einer offenen Volkswirtschaft sollte jedoch der binnenwirtschaftlich verursachte Preisauftrieb die für die Geldpolitik relevante Größe sein (Gali und Monacelli 2005). Auf energiepreisbedingte Schwankungen des Preisniveaus sollte die Geldpolitik hingegen nicht reagieren (Tober und Zimmermann 2009). Die EZB trägt dem, trotz ihrer Fokussierung auf die Verbraucherpreisinflation insgesamt, offiziell durch die Orientierung an der mittelfristigen Inflation Rechnung. Aktuell liegt die erwartete Inflation (vgl. Die Konjunktur im Ausland, S. 28) immer noch deutlich unterhalb des Inflationsziels der EZB.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Schaubild 11
Produktionslücke¹ und Inflationslücke² im Euro-Raum
1999 bis 2016; in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben der Europäischen Kommission und von Eurostat. - ¹Abweichung des BIP vom Produktionspotenzial. - ²Abweichung der Inflationsrate gemessen am HVPI vom Inflationsziel der EZB.

Zur Bewertung der Angemessenheit der Zinssetzung durch die Zentralbank werden häufig Reaktionsfunktionen zu Rate gezogen. In seiner einflussreichen Arbeit zeigte Taylor (1993), dass sich die Zinssetzung der Fed durch Abweichungen der gesamtwirtschaftlichen Produktion vom Produktionspotential sowie Abweichungen der Inflation vom Inflationsziel beschreiben lässt.¹⁹ Seither wird dieser Zusammenhang häufig verwendet, um die Zinssetzung von Zentralbanken zu beurteilen.

Einer solchen Reaktionsfunktion liegt die Idee zugrunde, dass eine Zentralbank versucht, die Schwankungen der Inflationsrate und des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrades zu minimieren. Da ihr dafür jedoch nur ein Instrument zur Verfügung steht, nämlich der nominale Kurzfristzins, befindet sie sich häufig in einem Zielkon-

¹⁹ Die theoretische Literatur zeigt, dass Zinsregeln welche auf Veränderungen der Produktions- und Inflationslücke reagieren, die optimale Reaktion auf Schocks beschreiben können (Woodford 2003). Allerdings unterscheidet sich die Definition der Produktionslücke in der theoretischen Literatur von der typischerweise in der empirischen Literatur verwendeten.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

flikt. Einerseits beflügelt eine Zinssenkung zwar die Realwirtschaft, andererseits befeuert sie aber auch den Preisauftrieb. Dieser Konflikt tritt immer dann auf, wenn entweder die Kapazitäten unterausgelastet sind, und die Inflation oberhalb des Inflationsziels verharrt, oder wenn die gegenteilige Situation gilt. Bis zur Finanzkrise war die EZB meist einem dieser Zielkonflikte ausgesetzt (Schaubild 11). Seither befinden sich jedoch die Inflation und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung unter den jeweiligen Zielwerten. Dies erklärt, weshalb die EZB das Zinsniveau bis an den Rand der effektiven Zinsuntergrenze gesenkt hat.

Als diese Untergrenze erreicht war, griff die EZB zusätzlich zu einer Reihe unkonventioneller Maßnahmen. Die wichtigste dürfte der Ankauf von Wertpapieren, insbesondere Staatsanleihen, im Rahmen des *Programms zum Ankauf von Vermögenswerten* (APP) darstellen. Im Wesentlichen können solche Käufe über zwei Kanäle wirken. Zum einen können Anleihekäufe bei Marktsegmentierung die relativen Preise anderer Papiere beeinflussen, etwa über die Risikoprämie (Chen et al. 2012). Zum anderen können die Käufe ein Signal für ein in Zukunft geringer als erwartetes Zinsniveau darstellen (Woodford 2012; Bhattarai et al. 2015), mit unmittelbaren Wirkungen auf den Wechselkurs.

Wenngleich Ankaufprogramme einen Effekt auf die langfristigen Zinsen und damit auf die realwirtschaftliche Aktivität zu haben scheinen, herrscht doch sehr hohe Unsicherheit bezüglich der Höhe und der Dauerhaftigkeit dieses Effekts sowie des Transmissionskanals (Joyce et al. 2012). Im Euro-Raum scheint der Ankauf von Wertpapieren im Rahmen des APP insbesondere einer Abwertung des Euro (Deutsche Bundesbank 2017, SVR 2016) und damit eine Stimulierung der Exporte nach sich gezogen zu haben.

Nur wenige Analysen befassen sich bisher mit möglichen negativen Effekten von Anleihekäufen (Joyce et al. 2012). So ersetzt das Eurosystem in zunehmendem Maße die Liquiditätsallokation am Interbankengeldmarkt. Auch erhöht der massive Ankauf von Staatsanleihen die Gefahr einer nicht tragfähigen Haushaltspolitik der Mitgliedsländer, etwa wenn aufgrund der Zentralbankkäufe notwendige Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen unterbleiben. Es droht eine „fiskalische Dominanz“ (Schmidt 2017).

Des Weiteren ist unklar, ob nicht alternative Maßnahmen, etwa eine explizite Beeinflussung der Zinserwartungen, mit weniger Nebenwirkungen verbunden wären. Vor diesem Hintergrund sollte die EZB das APP zum Ende des Jahres auslaufen lassen. Gegeben die hohe Unsicherheiten erscheinen uns die negativen Nebenwirkungen gewichtiger als der Nutzen des Programms.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Aber auch für die Zinspolitik der EZB könnte die Situation schwieriger werden. Nach ihrer Prognose vom Februar 2017 erwartet die Europäische Kommission, dass die Produktionslücke im Euro-Raum im Verlauf von 2018 geschlossen wird, und damit früher, als noch im Herbst 2016 erwartet. Zugleich ist die Inflation derzeit höher als noch im Februar von der Kommission prognostiziert. Auch der Stab der EZB hat in seiner jüngsten Projektion seine Erwartungen bezüglich der Expansion des BIP im Euro-Raum angehoben und geht von einem allmählichen Schließen der Produktionslücke aus. Insofern stellt sich die Frage, wann sich wieder ein Konflikt zwischen Produktionslücke und Inflationslücke herausbildet, und ob dann die EZB in der Lage ist zu reagieren. Sie könnte nämlich Gefangene ihrer eigenen Politik sein, da aufgrund unterbliebener Strukturreformen in vielen Ländern des Euro-Raums eine strafere Geldpolitik die Stabilität der Finanzmärkte und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte gefährden würde.

Finanzpolitik nimmt bislang steigende Steuerquote hin

Das Steueraufkommen hat in den vergangenen Jahren stärker zugenommen als das BIP, und die gesamtwirtschaftliche Steuerquote ist merklich gestiegen. Im Jahr 2016 lag sie mit 23,3% um 1,6%-Punkte über dem Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts und um 0,2%-Punkte über dem bisherigen, seit der Wiedervereinigung erreichten Höchstwert aus dem Jahr 2000 (Schaubild 12). Ausschlaggebend hierfür waren zum einen progressionsbedingte Mehreinnahmen, die nicht nur aus inflationsbedingten (kalte Progression) sondern auch aus realen Einkommenssteigerungen resultierten. Zum anderen hat die Bundesregierung zur Haushaltsentlastung wiederholt Steuererhöhungen beschlossen, wie die Anhebung der Mehrwertsteuer und der Versicherungsteuer im Jahr 2007 oder die Einführung der Luftverkehrssteuer im Jahr 2011. Zudem haben einige Länder die Grunderwerbsteuer angehoben und etliche Gemeinden die kommunalen Steuern merklich erhöht. Aufkommenssteigernd wirkte zudem, dass der Aufschwung von der steuerergiebigen Binnennachfrage getragen wurde, da die Zahl der Beschäftigten neue Höchststände erreichte und die Löhne merklich zulegten.

Zwar wurden Steuerentlastungen beschlossen, die dazu beitragen dürften, dass die gesamtwirtschaftliche Steuerquote im Prognosezeitraum nicht wohl weiter steigen wird. Jedoch ist bis 2021 ein neuerlicher Anstieg um knapp 0,5%-Punkte zu erwarten, wenn man die Aufkommenserwartungen des Arbeitskreises Steuerschätzungen (BMF 2016) und die zwischenzeitlich verabschiedeten Steuerrechtsänderungen berücksichtigt.

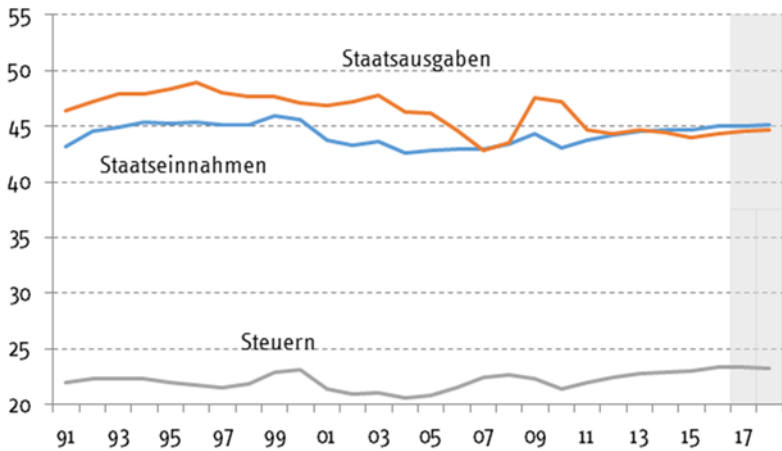
Um einen weiteren Anstieg der Steuerquote zu verhindern, sollten vor allem die von der kalten Progression in diesem Jahrzehnt verursachten Mehrbelastungen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 12

Staatsausgaben, Staatseinnahmen- und Steuern

1991 bis 2018; in Relation zum BIP in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab 2017: Eigene Prognose.

ausgeglichen werden, was durch die in den vergangenen Jahren vorgenommenen Änderungen des Einkommensteuertarifs nur teilweise geschehen ist. Denn das inflationsbedingte Hineinwachsen der Steuerpflichtigen in höhere Progressionszonen lässt sich nicht durch eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit rechtfertigen. Weiterer Handlungsbedarf ergibt sich daraus, dass die erste Progressionsstufe des Einkommensteuertarifs nach der teilweise unterbliebenen Rechtsverschiebung der Tarifzonen gestaucht ist und die Grenzsteuersätze in diesem Bereich besonders kräftig steigen, was die Steuerprogression gerade für Bezieher niedriger Einkommen weiter verschärft. Zudem greift der Spitzensteuersatz bereits bei Einkommen, die relativ nahe beim Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers liegen und somit keine Spitzeneinkommen darstellen (Gebhardt 2013: 839-840). Griffe erst bei Spitzeneinkommen, würden die Grenzsteuersätze bei geringen und mittleren Einkommen spürbar reduziert und der Einkommensteuertarif leistungsfreundlicher gestaltet.

Vor diesem Hintergrund ist eine Korrektur überfällig, die über die Rückgabe der kalten Progression hinausgeht. Im Laufe der Jahre hat sich beim Einkommensteuertarif ein erheblicher Reformbedarf aufgestaut. Eine umfassende Reform, welche die Progression im unteren und mittleren Einkommensbereich entschärft und den Spitzensteuersatz erst bei höheren Einkommen greifen lässt, wäre allerdings trotz

6. Zur Wirtschaftspolitik

einer teilweisen Selbstfinanzierung mit hohen Steuerausfällen verbunden. Um strukturelle Budgetdefizite zu vermeiden, müsste sich die Finanzpolitik die budgetären Spielräume für eine solche Reform erst erarbeiten, am besten durch einen Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Diese Aufgabe sollte auf der politischen Agenda der nächsten Legislaturperiode stehen, denn die Steuerentlastungen würden Leistungs- und Investitionsanreize bei Arbeitnehmern und Unternehmen induzieren und der Abbau von Subventionen würde Allokationsverzerrungen beseitigen. Kontraproduktiv wäre es hingegen, die vorhandenen Haushaltsspielräume für neue Transfers zu verwenden.

Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse über verbesserte Wachstumsbedingungen

Die deutsche Leistungsbilanz weist einen hartnäckig hohen Überschuss auf, den nicht zuletzt die EU im Rahmen der Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte als Ausdruck einer nicht effizienten Ressourcenallokation kritisiert. Ob diese Kritik berechtigt ist, sei angesichts fehlender Spannungen bei anderen makroökonomischen Kennziffern dahingestellt. Abgesehen davon stellt sich auch die Frage, wie eine Volkswirtschaft, die allenfalls einen indirekten Einfluss auf ein zentrales Instrument zur Herstellung eines Leistungsbilanzausgleichs hat, nämlich den Wechselkurs, einen Leistungsbilanzausgleich herbeiführen kann. Der Kurs einer Währung wird von einer Vielzahl von Faktoren getrieben. Einen wichtigen Einfluss hat die Geldpolitik. So führte jeder Beschluss der EZB bezüglich Anleihekäufen zu einer Abwertung des Euro gegenüber den wichtigsten Handelspartnern (Deutsche Bundesbank 2017).²⁰ Für sich genommen wirkte also die Geldpolitik der EZB – entsprechende Preiselastizitäten der Ein- und Ausfuhren vorausgesetzt – in Richtung auf eine Aktivierung der Leistungsbilanz im Euro-Raum und mithin auch in Deutschland.

Soll sich Deutschland mit Hilfe des Wechselkurses gegen eine Aktivierung der Leistungsbilanz stemmen, kann dies nur mittels einer internen Aufwertung geschehen, d.h. indem die Preise in Deutschland stärker steigen als in den anderen Ländern des Euro-Raums. Gemessen an den Lohnstückkosten ist eine solche interne Abwertung allerdings schon in Gang gekommen; diese steigen nämlich hierzulande schon seit längerem stärker als im Durchschnitt des Euro-Raums, mit Konsequenzen für die realen Ein- und Ausfuhren. Dass dies nicht schon in den vergangenen Jahren auf die Leistungsbilanz durchschlug, ist auf die gesunkenen Einfuhrpreise aufgrund des Rohstoffpreiserückgangs zurückzuführen. Bei steigenden Rohstoffpreisen dürfte sich der

²⁰ *Wie die Bundesbank feststellt, ist diese Reaktion umso bemerkenswerter, als die Entscheidungen der EZB von den Märkten erwartet worden waren und bereits im Vorfeld zu Abwertungen geführt hatten (Deutsche Bundesbank 2017: 13).*

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Leistungsbilanzsaldo zurückbilden, was am aktuellen Rand auch bereits zu erkennen ist.

Allerdings hieße ein Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse mit Hilfe eines Preismechanismus auch, dass man die Arbeitskosten in den Dienst des Leistungsbilanzabbaus stellen müsste. Ein anderer Mechanismus des Leistungsbilanzausgleichs, den auch die Europäische Kommission bevorzugt, basiert auf einer anderen Überlegung: Da ein Leistungsbilanzüberschuss der „Zwilling“ eines Kapitalbilanzdefizits ist, und die Vorstellung besteht, dass die Kapitalbilanz vorgeht und die Leistungsbilanz dem folgt, weist ein Überschuss auch immer darauf hin, dass es an attraktiven Anlagemöglichkeiten im Inland fehlt und Anleger deshalb Kapital exportieren. Dabei ist einzuräumen, dass Länder mit einer alternden Bevölkerung gewissermaßen ein „natürliches“ Kapitalbilanzdefizit aufweisen, etwas weil sich ein hoher Teil der Bevölkerung in einem Alter befindet, in dem hohe Ersparnisse getätigt werden (SVR 2014: 225 ff.).

Der Weg wäre dann, die interne Absorption zu erhöhen, damit der Kapitalexport geringer wird und dadurch der Leistungsbilanzüberschuss sinkt. Mit Blick auf das Produktionspotenzial wäre es wünschenswert, wenn die inländischen Investitionen durch eine Verbesserung der gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, z.B. durch eine leistungsgerechte Steuerpolitik²¹ und durch eine Verbesserung des Gründungsklimas²² gestärkt würden. Bereits seit Jahren ist der Unternehmenssektor in Deutschland Netto-Sparer und nicht, was die Lehrbuch-Ökonomik nahelegt, Netto-Schuldner, der die Ersparnisse der privaten Haushalte absorbiert. Eine Verbesserung des Investitionsklimas hierzulande ist somit ein wachstumsfreundlicher Weg zum Leistungsbilanzabbau.

Literatur

BA – Bundesagentur für Arbeit (2016), Fachkräfteengpassanalyse. Dezember 2016, Nürnberg)

BA – Bundesagentur für Arbeit (2017a) Beschäftigungsstatistik: Korrektur vorläufiger Werte für das 2. Halbjahr 2016. Download am 2.3.2017: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/BST-Korrektur-vorlaeufiger-Werte-2-Halbjahr-2016.pdf>.

BA – Bundesagentur für Arbeit (2017b) Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht, Dezember und Jahr 2016, Nürnberg.

Bhattarai, S., G. B. Eggertsson und B. Gafarov (2015), Time consistency and the duration of government debt: A signalling theory of quantitative easing, NBER Working Paper 21336.

²¹ Zu Spielräumen für effizienzsteigernde wirtschaftspolitische Weichenstellungen im Bereich der Unternehmensbesteuerung vgl. beispielsweise SVR (2015): 368-370.

²² So steht Deutschland Ease of Doing Business Index der Weltbank beim Teilindex „Gründung eines Unternehmens“ nur auf Rang 114, auf einer Höhe mit Kenia, Madagaskar oder Lesotho.

6. Zur Wirtschaftspolitik

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2016), Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2016. Monatsbericht des BMF November 2016: 15-31.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017), Jahreswirtschaftsbericht 2017 – Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa. Download am 10.3.2017: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=12

Chen, H., V. Cúrdia und A. Ferrero (2012), The macroeconomic effects of large-scale asset purchase programmes. *The Economic Journal*, 122(564): F289-F315.

Die Bundesregierung (2017), Rentenangleichung Ost-West – Soziale Einheit bis 2025 vollendet. Download am 1.3.2017: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/02/2017-02-15-rentenangleichung-ost.html>

Destatis – Statistisches Bundesamt (2017) Pressemitteilung Nr. 069 vom 01.03.2017: 43,6 Millionen Erwerbstätige im Januar 2017. Download am 2.3.2017: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/03/PD17_069_132pdf.pdf?__blob=publicationFile.

Deutsche Bundesbank (2017), Anleihenkäufe des Eurosystems und der Wechselkurs des Euro, *Monatsbericht* Januar: 13-40.

Döhrn, R., T. Middendorf und T. Schmidt (2007), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Zur Unsicherheit der vorliegenden Prognose. *RWI Konjunkturberichte* 58 (1): 27-72.

Döhrn, R., T. Kitlinski, T. Schmidt und S. Vosen (2010), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion gewinnt nur langsam an Fahrt. *RWI Konjunkturberichte* 61 (1): 37-96.

Döhrn, R., P. an de Meulen, G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zimmermann (2011), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Zunehmende Risiken für die Konjunktur, *RWI Konjunkturberichte* 62 (2): 41-88.

Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2016a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: In schwierigerem Fahrwasser. *RWI Konjunkturberichte* 67 (1): 37-110.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blogov, A. Fuest, H. Gebhardt, P.-Jäger, M. Micheli und S. Rujin (2016b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion bleibt robust. *RWI Konjunkturberichte* 67 (3): 25-64.

DSi – Deutsches Steuerzahlerinstitut (2016), Nichtsteuerliche Abgaben – Sonderproblem Quasi-Steuern. Schrift

European Kommission (2016), Short-Term Outlook for EU arable crops, dairy and meat markets in 2016 and 2017. Short-term outlook for EU agricultural markets. http://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/markets-and-prices/short-term-outlook/pdf/2016-10_en.pdf (zuletzt abgerufen am 14.3.2017).

EU – European Commission (2017), European Economic Forecast Winter 2017. European Economy Institutional Paper 048. Brüssel.

Gali, J., und T. Monacelli (2005), Monetary policy and exchange rate volatility in a small open economy. *The Review of Economic Studies*, 72(3): 707-734.

Gebhardt, H. (2013), Steuerschätzung 2013 bis 2018: deutlich steigendes Steueraufkommen. *Wirtschaftsdienst* 93 (12): 835-840.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Goldhammer, B. (2016), Die neue Mietenstichprobe in der Verbraucherpreisstatistik, WISTA - *Wirtschaft und Statistik*, 5/2016.

Heilemann, U. und H. J. Münch (1999), Classification of West German Business Cycles 1955-1994. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219: 632-656.

Hellwig, M. (2017), HSH Nordbank: Verantwortlichkeit in der Demokratie. *Wirtschaftsdienst* 97(1): S. 4-5.

Joyce, M., D. Miles, A. Scott und D. Vayanos (2012), Quantitative easing and unconventional monetary policy - an introduction. *The Economic Journal*, 122(564): F271-F288.

Krätschell, K. und T. Schmidt (2012), Long-run Trends or Short-run Fluctuations - What Establishes the Correlation between Oil and Food Prices? Ruhr Economic Papers #357. RWI, RUB.

an de Meulen, P. (2015), Das RWI-Kurzfristprognosemodell. *RWI Konjunkturberichte* 66 (2): 25-46.

RWI (2016), Peak Trade? - Auswirkungen einer weltwirtschaftlichen Wachstumsverlangsamung auf das Exportland Nordrhein-Westfalen. Gutachten im Auftrag der IHK NRW. RWI-Projektberichte. Essen.

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014), Mehr Vertrauen in Marktprozesse. Jahresgutachten 2014/15. Wiesbaden.

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/16. Wiesbaden.

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2016), Niedrigzinsen weder für den Euro-Raum noch für Deutschland angemessen, Jahresgutachten 2016/17. Wiesbaden.

Schmidt, C.M. (2017), Wirtschaftspolitische Reformen für mehr Stabilität in Europa, WPZ, Kommentar Nr. 17.

Taylor, J. B. (1993), Discretion versus policy rules in practice. In Carnegie-Rochester conference series on public policy 39: 195-214. North-Holland.

Tober, S., und T. Zimmermann, T. (2009), Monetary policy and commodity price shocks. *Intereconomics*, 44(4): 231-237.

Woodford, M. (2003), Interest and prices: Foundations of a theory of monetary policy. Princeton University Press.

Woodford, M. (2012), Methods of policy accommodation at the interest-rate lower bound. *The Changing Policy Landscape*: 185-288.

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

2016; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 821,0	1 902,7	300,6	617,7	-
2 - Abschreibungen	552,1	317,4	68,6	166,1	-
3 = Nettowertschöpfung	2 268,9	1 585,2	232,0	451,7	- 238,8
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 590,1	1 131,8	235,8	222,5	14,1
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	22,1	12,7	0,2	9,2	-
6 + Empf. s. Subventionen	25,6	23,9	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	682,3	464,6	- 3,7	221,5	- 252,9
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 593,2	-	-	1 593,2	11,0
9 - Gel. Subventionen	27,6	-	27,6	-	5,6
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	334,4	-	334,4	-	6,9
11 - Gel. Vermögenseinkommen	723,1	652,0	43,4	27,7	174,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	786,0	368,5	18,0	399,6	111,9
13 = Primäreinkommen	2 645,2	181,0	277,7	2 186,5	- 303,4
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	386,9	82,5	-	304,5	10,3
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	396,8	-	396,8	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	642,0	-	-	642,0	3,7
17 + Empf. Sozialbeiträge	642,9	119,0	523,1	0,8	2,8
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	549,6	61,1	487,7	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	542,7	-	-	542,7	7,3
20 - Gel. s. lauf. Transfers	305,7	156,6	74,6	74,4	50,1
21 + Empf. s. lauf. Transfers	265,4	142,6	19,3	103,5	90,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 608,9	142,5	654,6	1 811,8	- 267,1
23 - Konsumausgaben	2 295,3	-	616,1	1 679,2	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 48,5	-	48,5	-
25 = Sparen	313,6	94,0	38,5	181,1	- 267,1
26 - Gel. Vermögenstransfers	51,0	8,9	33,5	8,6	4,9
27 + Empf. Vermögenstransfers	48,1	21,8	15,3	11,1	7,8
28 - Bruttoinvestitionen	598,6	337,5	66,5	194,7	-
29 + Abschreibungen	552,1	317,4	68,6	166,1	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 3,3	- 2,8	- 1,3	0,9	3,3
31 = Finanzierungssaldo	267,4	89,6	23,7	154,1	- 267,4
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 608,9	142,5	654,6	1 811,8	- 267,1
33 + Saldo sozialer Sachleistungen	-	-	-399,2	399,2	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 608,9	142,5	255,4	2 211,0	- 267,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Hauptaggregate der Sektoren

2017; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 897,2	1 948,0	309,0	640,2	-
2 - Abschreibungen	568,8	326,4	70,5	171,9	-
3 = Nettowertschöpfung	2 328,3	1 621,5	238,5	468,3	- 218,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 647,6	1 173,9	242,1	231,6	15,0
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	21,9	12,2	0,2	9,5	-
6 + Empf. s. Subventionen	26,3	24,7	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	685,2	460,0	- 3,6	228,7	- 233,7
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 650,9	-	-	1 650,9	11,7
9 - Gel. Subventionen	28,3	-	28,3	-	5,6
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	343,2	-	343,2	-	5,3
11 - Gel. Vermögenseinkommen	718,6	651,5	41,1	26,1	174,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	782,1	358,9	16,7	406,5	111,4
13 = Primäreinkommen	2 714,4	167,4	287,0	2 260,0	- 285,7
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	396,6	80,1	-	316,5	10,4
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	406,5	-	406,5	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	671,4	-	-	671,4	3,9
17 + Empf. Sozialbeiträge	672,3	127,0	544,5	0,8	3,0
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	571,0	65,1	505,2	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	563,8	-	-	563,8	7,7
20 - Gel. s. lauf. Transfers	311,3	158,2	77,2	75,9	50,4
21 + Empf. s. lauf. Transfers	270,9	145,8	19,3	105,9	90,8
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 677,7	136,9	674,9	1 865,9	- 248,9
23 - Konsumausgaben	2 371,8	-	643,6	1 728,2	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 48,9	-	48,9	-
25 = Sparen	305,9	88,0	31,3	186,6	- 248,9
26 - Gel. Vermögenstransfers	49,5	8,9	32,0	8,6	4,9
27 + Empf. Vermögenstransfers	46,6	24,1	11,5	11,1	7,8
28 - Bruttoinvestitionen	625,8	353,5	69,3	203,0	-
29 + Abschreibungen	568,8	326,4	70,5	171,9	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 3,3	2,9	- 5,1	- 1,0	3,3
31 = Finanzierungssaldo	249,3	73,3	17,1	159,0	- 249,3
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 677,7	136,9	674,9	1 865,9	- 248,9
33 + Saldo sozialer Sachleistungen	-	-	-420,8	420,8	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 677,7	136,9	254,1	2 286,7	- 248,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Hauptaggregate der Sektoren

2018; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 002,1	2 017,4	316,4	668,3	-
2 - Abschreibungen	588,5	337,1	72,7	178,7	-
3 = Nettowertschöpfung	2 413,6	1 680,3	243,7	489,6	- 222,9
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 712,1	1 220,3	248,4	243,5	15,9
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	22,4	12,5	0,2	9,8	-
6 + Empf. s. Subventionen	26,7	25,1	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	705,8	472,6	- 4,7	237,9	- 238,9
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 715,6	-	-	1 715,6	12,5
9 - Gel. Subventionen	28,8	-	28,8	-	5,6
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	351,7	-	351,7	-	5,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	714,2	649,3	39,9	25,0	174,8
12 + Empf. Vermögenseinkommen	778,2	348,5	16,9	412,8	110,8
13 = Primäreinkommen	2 808,4	171,9	295,3	2 341,2	- 290,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	411,3	81,9	-	329,4	10,5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	421,4	-	421,4	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	701,0	-	-	701,0	4,0
17 + Empf. Sozialbeiträge	701,9	133,6	567,5	0,8	3,1
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	585,2	63,9	520,5	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	577,7	-	-	577,7	8,0
20 - Gel. s. lauf. Transfers	319,4	159,7	82,2	77,4	50,6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	276,5	144,8	19,4	112,3	93,5
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 768,9	144,7	700,8	1 923,4	- 251,2
23 - Konsumausgaben	2 446,1	-	665,5	1 780,6	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 49,3	-	49,3	-
25 = Sparen	322,8	95,4	35,3	192,1	- 251,2
26 - Gel. Vermögenstransfers	49,9	8,9	32,4	8,6	4,9
27 + Empf. Vermögenstransfers	47,0	24,5	11,4	11,1	7,8
28 - Bruttoinvestitionen	660,1	374,9	72,2	213,0	-
29 + Abschreibungen	588,5	337,1	72,7	178,7	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 3,3	- 0,3	- 1,5	- 1,6	3,3
31 = Finanzierungssaldo	251,5	73,4	16,3	161,8	- 251,2
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 768,9	144,7	700,8	1 923,4	- 251,2
33 + Saldo sozialer Sachleistungen	-	-	-437,0	437,0	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 768,9	144,7	263,8	2 360,5	- 251,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 und 2018

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	1,0	1,0	1,1	0,8	1,2	1,2	1,1
Arbeitsvolumen	0,7	0,5	0,9	0,6	0,4	0,9	1,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,3	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,8	- 0,3	- 0,1
Produktivität ¹	1,2	0,8	0,9	0,7	0,9	0,8	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,9	1,3	1,8	1,3	1,3	1,7	1,9

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 295,3	2 371,8	2 446,1	1 157,9	1 213,9	1 193,9	1 252,2
Private Haushalte ²	1 679,2	1 728,2	1 780,6	845,4	882,8	869,9	910,7
Staat	616,1	643,6	665,5	312,5	331,1	324,0	341,5
Anlageinvestitionen	626,7	648,7	683,5	312,0	336,7	328,8	354,7
Ausrüstungen	204,4	206,9	216,5	99,0	107,9	103,1	113,4
Bauten	309,4	324,8	345,5	155,9	169,0	166,4	179,1
Sonstige Anlageinvestitionen	112,9	117,0	121,4	57,1	59,9	59,3	62,1
Vorratsveränderung ³	- 28,1	- 22,9	- 23,4	- 1,8	- 21,1	- 3,1	- 20,2
Inländische Verwendung	2 893,9	2 997,6	3 106,3	1 468,0	1 529,5	1 519,6	1 586,7
Außenbeitrag	238,8	218,7	222,9	115,4	103,3	119,4	103,5
Nachrichtl: in Relation zum BIP in %	7,6	6,8	6,7	7,3	6,3	7,3	6,1
Exporte	1 441,4	1 526,3	1 599,1	755,4	770,9	790,9	808,2
Importe	1 202,6	1 307,7	1 376,2	640,1	667,6	671,5	704,7
Bruttoinlandsprodukt	3 132,7	3 216,2	3 329,2	1 583,4	1 632,8	1 639,0	1 690,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,4	3,3	3,1	3,3	3,3	3,1	3,2
Private Haushalte ²	2,6	2,9	3,0	3,0	2,9	2,9	3,2
Staat	5,6	4,5	3,4	4,3	4,6	3,7	3,1
Anlageinvestitionen	3,8	3,5	5,4	2,8	4,2	5,4	5,3
Ausrüstungen	2,1	1,2	4,7	0,3	2,1	4,2	5,1
Bauten	4,9	5,0	6,4	4,0	5,9	6,8	6,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,6	3,8	3,6	3,6	3,8	3,8
Inländische Verwendung	3,2	3,6	3,6	3,7	3,5	3,5	3,7
Exporte	1,6	5,9	4,8	6,0	5,8	4,7	4,8
Importe	1,1	8,7	5,2	9,5	8,0	4,9	5,5
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,7	3,5	2,6	2,8	3,5	3,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 121,9	2 154,6	2 190,0	1 058,3	1 096,4	1 075,9	1 114,1
Private Haushalte ²	1 570,7	1 587,7	1 610,9	778,1	809,6	788,9	822,1
Staat	551,0	566,3	578,3	279,8	286,5	286,6	291,7
Anlageinvestitionen	567,7	577,4	597,0	278,3	299,0	288,0	309,0
Ausrüstungen	196,8	197,2	204,2	94,0	103,2	96,9	107,2
Bauten	268,2	275,0	285,2	132,8	142,2	138,2	146,9
Sonstige Anlageinvestitionen	103,0	105,2	107,5	51,5	53,7	52,6	54,9
Inländische Verwendung	2 655,3	2 703,0	2 757,9	1 334,9	1 368,1	1 361,0	1 396,8
Exporte	1 388,4	1 433,9	1 486,6	713,2	720,7	736,9	749,7
Importe	1 200,0	1 258,7	1 315,0	618,4	640,3	644,0	670,9
Bruttoinlandsprodukt	2 843,0	2 879,6	2 931,9	1 429,8	1 449,8	1 454,6	1 477,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,5	1,5	1,6	1,5	1,6	1,7	1,6
Private Haushalte ²	2,0	1,1	1,5	1,0	1,2	1,4	1,5
Staat	4,0	2,8	2,1	2,7	2,9	2,4	1,8
Anlageinvestitionen	2,3	1,7	3,4	1,0	2,3	3,5	3,3
Ausrüstungen	1,1	0,2	3,6	- 0,8	1,0	3,1	3,9
Bauten	3,0	2,5	3,7	1,8	3,3	4,1	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,1	2,3	2,2	2,1	2,2	2,3
Inländische Verwendung	2,3	1,8	2,0	1,9	1,7	2,0	2,1
Exporte	2,6	3,3	3,7	3,7	2,9	3,3	4,0
Importe	3,7	4,9	4,5	5,5	4,3	4,1	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,3	1,8	1,3	1,3	1,7	1,9

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,6	1,8	1,5	2,0	1,7	1,5	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,5	1,6	1,3	1,6	1,7	1,2	1,3
Anlageinvestitionen	1,5	1,8	1,9	1,7	1,9	1,9	1,9
Ausrüstungen	1,0	1,0	1,1	1,1	1,0	1,0	1,1
Bauten	1,8	2,4	2,6	2,2	2,5	2,6	2,6
Exporte	- 1,0	2,5	1,1	2,2	2,8	1,3	0,8
Importe	- 2,5	3,7	0,7	3,8	3,5	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,4	1,7	1,2	1,5	1,7	1,6

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 186,5	2 260,0	2 341,2	1 111,7	1 148,3	1 150,5	1 190,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	287,3	297,5	307,5	144,2	153,4	149,0	158,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 305,9	1 353,4	1 408,1	650,8	702,6	677,0	731,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	593,3	609,1	625,6	316,7	292,3	324,5	301,1
Primäreinkommen der übr. Sektoren	458,7	454,4	467,1	215,5	238,9	223,2	244,0
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 645,2	2 714,4	2 808,4	1 327,2	1 387,2	1 373,7	1 434,7
Abschreibungen	552,1	568,8	588,5	282,3	286,6	291,8	296,7
Bruttonationaleinkommen	3 197,3	3 283,2	3 396,8	1 609,5	1 673,7	1 665,5	1 731,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 338,4	2 399,5	2 485,4	1 172,1	1 227,4	1 214,2	1 271,2
Unternehmens- und Vermögenseink.	745,2	748,6	769,8	377,2	371,4	388,2	381,5
Arbeitnehmerentgelt	1 593,2	1 650,9	1 715,6	795,0	855,9	826,0	889,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,3	3,4	3,6	3,2	3,5	3,5	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,9	3,6	3,4	3,7	3,4	3,4	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	3,6	3,6	4,0	4,2	3,1	4,0	4,1
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,4	2,5	2,7	3,3	1,7	2,7	2,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,7	2,7	2,7	1,0	4,5	2,5	3,0
Primäreinkommen der übr. Sektoren	2,9	- 0,9	2,8	- 0,3	- 1,5	3,5	2,1
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3,2	2,6	3,5	2,6	2,6	3,5	3,4
Abschreibungen	3,1	3,0	3,5	2,9	3,2	3,4	3,5
Bruttonationaleinkommen	3,2	2,7	3,5	2,7	2,7	3,5	3,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,3	2,6	3,6	2,7	2,5	3,6	3,6
Unternehmens- und Vermögenseink.	3,0	0,5	2,8	- 0,2	1,1	2,9	2,7
Arbeitnehmerentgelt	3,5	3,6	3,9	4,1	3,2	3,9	3,9

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 291,3	1 335,9	1 380,0	648,6	687,3	668,7	711,3
Nettolöhne und -gehälter	863,1	890,6	925,1	425,1	465,5	441,5	483,6
Monetäre Sozialleistungen	542,7	563,8	577,7	282,2	281,6	288,9	288,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	114,5	118,6	122,8	58,8	59,8	61,7	61,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	593,3	609,1	625,6	316,7	292,3	324,5	301,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 72,8	- 79,1	- 82,2	- 37,9	- 41,2	- 38,1	- 44,1
Verfügbares Einkommen	1 811,8	1 865,9	1 923,4	927,5	938,4	955,2	968,3
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	48,5	48,9	49,3	24,4	24,5	24,4	24,9
Konsumausgaben	1 679,2	1 728,2	1 780,6	845,4	882,8	869,9	910,7
Sparen	181,1	186,6	192,1	106,5	80,1	109,6	82,5
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,7	9,7	11,2	8,3	11,2	8,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,1	3,5	3,3	4,2	2,7	3,1	3,5
Nettolöhne und -gehälter	3,2	3,2	3,9	3,8	2,6	3,8	3,9
Monetäre Sozialleistungen	3,2	3,9	2,5	4,7	3,1	2,4	2,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,6	3,5	3,5	3,4	3,7	5,1	2,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,7	2,7	2,7	1,0	4,5	2,5	3,0
Verfügbares Einkommen	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	3,2
Konsumausgaben	2,6	2,9	3,0	3,0	2,9	2,9	3,2
Sparen	3,4	3,0	3,0	3,1	2,8	2,9	3,0

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	731,2	749,8	773,1	374,2	375,6	386,1	387,0
Nettosozialbeiträge	523,1	544,5	567,5	264,8	279,8	276,0	291,5
Vermögenseinkommen	18,0	16,7	16,9	8,8	8,0	8,9	8,0
Sonstige Transfers	19,3	19,3	19,4	9,1	10,2	9,2	10,2
Vermögenstransfers	15,3	11,5	11,4	4,8	6,7	4,8	6,7
Verkäufe	104,3	107,1	109,6	50,5	56,6	51,7	57,9
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 411,4	1 449,0	1 498,1	712,1	736,9	736,6	761,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	420,0	441,9	459,0	213,3	228,6	221,5	237,4
Arbeitnehmerentgelt	235,8	242,1	248,4	116,3	125,8	119,4	129,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	43,4	41,1	39,9	20,4	20,7	19,7	20,1
Subventionen	27,6	28,3	28,8	13,8	14,6	14,0	14,8
Monetäre Sozialleistungen	487,7	505,2	520,5	252,6	252,6	259,3	261,1
Sonstige laufende Transfers	74,6	77,2	82,2	41,4	35,8	43,9	38,3
Vermögenstransfers	33,5	32,0	32,4	13,5	18,5	13,6	18,8
Bruttoinvestitionen	66,5	69,3	72,2	29,8	39,6	31,0	41,2
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gensgütern	- 1,3	- 5,1	- 1,5	- 4,3	- 0,8	- 0,7	- 0,8
Insgesamt	1 387,7	1 432,0	1 481,8	696,6	735,4	721,8	760,0
Finanzierungssaldo	23,7	17,1	16,3	15,5	1,6	14,8	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2016	2017	2018	2017		2018	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,5	2,5	3,1	2,5	2,5	3,2	3,0
Nettosozialbeiträge	4,5	4,1	4,2	4,5	3,7	4,2	4,2
Vermögenseinkommen	- 17,5	- 7,1	0,8	- 12,4	- 0,4	1,4	0,3
Sonstige Transfers	- 0,9	- 0,2	0,8	- 1,7	1,1	0,9	0,7
Vermögenstransfers	25,7	- 24,9	- 0,4	- 37,2	- 12,8	0,1	- 0,7
Verkäufe	3,9	2,7	2,4	2,8	2,6	2,4	2,4
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,2	2,7	3,4	2,6	2,8	3,4	3,3
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	7,1	5,2	3,9	5,2	5,3	3,9	3,8
Arbeitnehmerentgelt	3,1	2,7	2,6	2,6	2,7	2,7	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 8,3	- 5,4	- 2,9	- 5,6	- 5,1	- 3,2	- 2,6
Subventionen	0,2	2,8	1,5	2,7	2,8	1,5	1,4
Monetäre Sozialleistungen	3,5	3,6	3,0	4,3	2,9	2,7	3,4
Sonstige laufende Transfers	- 0,8	3,5	6,5	4,9	1,8	6,1	7,0
Vermögenstransfers	12,8	- 4,5	1,3	- 10,6	0,4	1,1	1,3
Bruttoinvestitionen	3,5	4,3	4,2	3,4	4,9	4,2	4,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,0	3,2	3,5	3,0	3,3	3,6	3,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes – ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.